

Stadtparlament

Wortprotokoll

3. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

Dienstag, 19. September 2023, 18:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz:	Felix Heller, SP/GRÜNE
Entschuldigt:	Aurelio Petti, Die Mitte/EVP
Anwesend Stadtparlament:	29
Anwesend Stadtrat:	René Walther, FDP Bachofen Daniel, SP Feuerle Dieter, GRÜNE Eichbaum Sandra, XMV Schmid Luzi, Die Mitte
Protokoll:	Alexandra Wyprächtiger, Stadtschreiberin

Traktanden

- 3/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 3/2. Ausserfamiliäre Betreuung – Konzept zur Bestimmung der städtischen Subventionen im Bereich der vorschulischen und schulergänzenden Betreuung – Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften
Redaktionslesung und Schlussabstimmung
- 3/3. Stadt Arbon, Budget 2024
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 3/4. Fragerunde
- 3/5. Informationen aus dem Stadtrat

Felix Heller, SP/GRÜNE: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Frau Stadträtin und Herren Stadträte, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Medienvertretende, Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie herzlich zur 3. Sitzung der laufenden Legislatur. Der Sommer hat nochmals ein Comeback hingelegt und uns im September drei wunderschöne Wochenenden geschenkt. Ich hoffe, Sie konnten die vergangenen drei Monate und die politikfreie Zeit geniessen.

Der Sommer ist meine Lieblingsjahreszeit, denn da zeigt sich unsere Stadt von ihrer besten Seite. Von nah und fern strömen die Menschen ins Städtli, an unser Seeufer oder in unsere Bäder und kommen in den Genuss von Veranstaltungen wie dem Open-Air-Kino, dem Classic Festival, den "Summerdays", der "Usestuehlete" oder dem internationalen Orgelfestival. Den Veranstalterinnen und Veranstaltern solcher Anlässe sowie den vielen Helferinnen und Helfern möchte ich ein grosses Dankeschön ausrichten. Da steckt viel Arbeit und Herzblut dahinter.

Auch für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier gab es einen speziellen Anlass: Das Treffen der Thurgauer Stadtparlamente am 1. September bei uns in Arbon war ein voller Erfolg. Bei schönstem Wetter wurden 46 Parlamentarierinnen und Parlamentarier durchs Zik-Areal geführt. Anschliessend genossen wir einen Apéro im Saurer-Garten, bevor es im Saurer-Oldtimerpostauto auf eine Stadtrundfahrt ging. Wir liessen den Abend bei einem feinen Essen im Restaurant Frohsinn ausklingen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie konnten im Sommer etwas durchatmen. Hier im Parlament geht es nämlich gleich wieder zur Sache. Mit der Budgetdebatte steht uns eine der wichtigsten Sitzungen des Jahres bevor. Bevor ich die Sitzung eröffne, stelle ich Ihnen heute ein zweites politisches Instrument vor. Nach der Einfachen Anfrage vom letzten Mal möchte ich heute darlegen, was eine Interpellation ist.

Eine Interpellation ist ja ähnlich wie eine Einfache Anfrage. Es handelt sich nämlich auch um eine Anfrage an den Stadtrat zu einer Angelegenheit, die in den Aufgabenkreis der Stadt gehört oder ihre Interessen berührt. Im Unterschied zur Einfachen Anfrage hat der Stadtrat aber zur Beantwortung doppelt so viel Zeit, also vier Monate, und das Parlament hat die Möglichkeit, über die Antwort des Stadtrats zu diskutieren. Das Parlament kann eine Interpellation sogar für dringlich erklären. In diesem Fall wäre die Interpellation sofort mündlich oder spätestens bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten. Heute Abend werden zwei Interpellationen zirkulieren, ich werde sie in Kürze verlesen. Jetzt ran an die Arbeit, ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 29 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Traktandenliste

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit ausserordentlichem Versand vom 22. August 2023:

- Stadt Arbon, Budget 2024, die Botschaft

Mit Versand vom 29. August 2023:

- Ausserfamiliäre Betreuung – Konzept zur Bestimmung der städtischen Subventionen im Bereich der vorschulischen und schulergänzenden Betreuung – Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften, Bericht der Redaktionskommission mit Synopse
- Einfache Anfrage «Buchhorn und seine Richtlinien» von Reto Gmür, BFA, die Beantwortung
- Einfache Anfrage «Publikation des Geschäftsberichts der Arbon Energie» von Reto Gmür, BFA, die Beantwortung

Mit Versand vom 5. September 2023:

- Stadt Arbon, Budget 2024, Kommissionsbericht der FGK

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Das Protokoll der 2. Parlamentssitzung vom 27. Juni 2023 ist vom Büro genehmigt worden und im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarischen Vorstösse eingegangen:

- Interpellation für einen ungefährlichen Seezugang an der Schütli für alle von Linda Heller, SP/Grüne
- Interpellation für die Reduzierung von Autoparkplätzen am Seeufer von Linda Heller, SP/Grüne

Diese gehen nun in Zirkulation.

Einfache Anfrage

- Die Einfachen Anfragen «Buchhorn und seine Richtlinie» und «Publikation des Geschäftsberichts der Arbon Energie», beide von Reto Gmür, BFA, wurden mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Einfachen Anfragen gelten somit als erledigt.

Einladung an Parlament

Gern leite ich an dieser Stelle noch eine Einladung weiter: Am Samstag, 30. September 2023 ab 18:00 Uhr wird unserer Feuerwehr das neue Rüstfahrzeug beim Feuerwehrdepot übergeben. Das Feuerwehrkommando Arbon lädt alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu diesem Anlass ein.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission (EBK):

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Esther Straub, Die Mitte/EVP, Präsidentin EBK: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurde am 21. August 2023

- Özmen Imran, Türkei

Im Moment liegen insgesamt 11 Gesuche von 16 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon ist ein Gesuch zurückgestellt.

2. Ausserfamiliäre Betreuung – Konzept zur Bestimmung der städtischen Subventionen im Bereich der vorschulischen und schulergänzenden Betreuung – Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften Redaktionslesung und Schlussabstimmung

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Für dieses Traktandum übergebe ich das Mikrofon Vizepräsidentin Esther Straub und begeben mich als Präsident der Redaktionskommission ans Rednerpult.

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: An der Parlamentssitzung vom 21. März 2023 wurde das Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften in der 2. Lesung beraten. Im Anschluss hat die Redaktionskommission das Reglement bearbeitet. Über Artikel, zu welchen keine Anträge vorliegen oder eingehen werden, wird nicht abgestimmt. Gibt es keine Wortmeldungen zu Anträgen der Redaktionskommission, gelten diese stillschweigend als angenommen. Ich werde die Artikel einzeln aufrufen. Möchte jemand aus dem Parlament einen Antrag stellen,

bitte ich euch, sich beim entsprechenden Artikel rechtzeitig zu melden. Die Anträge sind schriftlich abzugeben.

Felix Heller, SP/Grüne, Präsident Redaktionskommission: Ich mache es kurz und verzichte darauf, Ihnen den Kommissionsbericht zu verlesen. Allgemeine Bemerkungen und Anträge inklusive Begründungen liegen Ihnen vor. Falls Fragen oder Gegenanträge kommen, werde ich gern Rede und Antwort stehen. An dieser Stelle nur drei Bemerkungen vorweg:

1. Ich wiederhole mich gebetsmühlenartig. Ich bitte die Verwaltung, Richtlinien zur Gesetzgebung besser zu beachten. Es ist äusserst mühsam, am Ende des Gesetzgebungsprozesses Artikel umzuformulieren, namentlich Aufzählungen, weil sich niemand um die redaktionelle Korrektheit kümmerte. Es wäre für alle einfacher, wenn die Richtlinien bereits von Anfang an, also beim Verfassen zu Hilfe gezogen würden.
2. Die Redaktionskommission erachtet es als wichtig, dass der Stadtrat bei der Erarbeitung der Verordnung darauf achtet, möglichst gleiche Begrifflichkeiten zu verwenden wie im Reglement. Dies ist leider nicht immer der Fall. In unserem Reglement wird unter Art. 2 Abs. 2 ein Register über die anerkannten Betreuungsinstitutionen erwähnt, während die Verordnung des Stadtrats von einer Liste spricht. Register und Liste mögen Synonyme sein, aber es ist unsinnig und trägt nicht gerade zur Klarheit bei, wenn da unterschiedliche Begriffe verwendet werden. Weiter spricht der Stadtrat im selben Artikel der Verordnung von einer Lizenzierung. Abgesehen davon, dass es Lizenzierung mit "Z" heissen sollte, ist im Reglement das Wort Lizenzierung nirgendwo zu finden. Wir redigieren heute aber nicht die Verordnung des Stadtrats, sondern nur unser Reglement. Im Namen der Redaktionskommission fordere ich den Stadtrat dazu auf, die Verordnung auf Grundlage des heute verabschiedeten Reglements zu überarbeiten und anzupassen.
3. Dies ist die Ankündigung eines zusätzlichen Antrags der Redaktionskommission. Im Betreuungsgutschriftenreglement wird in Art. 1 auf § 4 Abs. 1 lit. a des Gesetzes über die familienergänzende Familienbetreuung des Kantons Thurgau verwiesen. Das ist falsch. Es sollte § 4 Abs. 2 Ziff. 1 heissen. Offenbar ist dieser Fehler weder der Verwaltung, noch der vorberatenden Kommission, noch der Redaktionskommission aufgefallen. Mir wurde er von aussen zugetragen. Vielen Dank an dieser Stelle dem aufmerksamen Bürger.

Ich bitte Sie, den Änderungsanträgen der Redaktionskommission zuzustimmen. Besten Dank.

Präambel

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 1 Zweck

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegt ein Antrag von Felix Heller, SP/Grüne vor. Sind Wortmeldungen zum Antrag?

Riquet Heller, FDP/XMV: Ein weiterer Bock, der mir in letzter Minute aufgefallen ist. Wenn Sie Art. 1 Abs. 1 lesen, wird es Ihnen sofort klar. «Das Gesetz über die familienergänzende Familienbetreuung» ist Unsinn. Es sollte nicht familienergänzende Familienbetreuung heissen, sondern familienergänzende Kinderbetreuung, dies in Analogie zum Ingress. Ich bitte Sie, den entsprechenden redaktionellen Antrag zu akzeptieren, nämlich dass es Kinder- und nicht Familienbetreuung heissen soll. Selbstverständlich ärgere ich mich, dass auch dieser zweite Flüchtigkeitsfehler mir unterlaufen ist und entschuldige mich bei Ihnen, dass mir solche Peinlichkeiten nicht schon als Präsident der vorberatenden Kommission aufgefallen sind. Ich hätte die Vorlage des Stadtrats noch viel mehr zerstückeln und analysieren müssen. Ich bitte Sie, weitere solche Fehler im vorliegenden Reglement durch entsprechende Achtsamkeit Ihrerseits auszumerzen. 58 Augen sehen mehr als zwei, und wir wollen doch alle Reglemente, die nicht von blöden Fehlern strotzen. Reglemente sind keine Notizen, sondern Gesetze. Von uns allen wird verlangt,

dass wir uns Gesetzen unterwerfen, die sollen darum Qualität haben. Auch Formale. Ich bitte um Genehmigung des Antrags.

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Wir stimmen zuerst über den Antrag von Felix Heller ab.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Ich bitte darum, dass die Regeln, die vorhin aufgestellt wurden, auch bitte beachtet werden, nämlich wenn kein Gegenantrag vorliegt, der Antrag als stillschweigend genehmigt gilt. Vielen Dank für die Umsetzung.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird einstimmig angenommen.

Art. 2 Zuständigkeit

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 3 Anerkannte Betreuungsinstitutionen

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 4 Anspruchsberechtigung

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 5 Antragstellung

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegt ein Antrag der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt der Antrag stillschweigend als angenommen

Art. 6 Bemessung der Gutschriften

Riquet Heller, FDP/XMV: Betreffend Art. 6 Abs. 3 habe ich eigentlich keinen Antrag, aber eine Klarstellung. Ein Bürger von Arbon hat sich die Mühe genommen, zu lesen, was wir legiferieren und hat festgestellt, dass nicht sonderlich klar ist in Art. 6 Abs. 3, was unter Vermögen CHF 300'000 zu verstehen ist. Ich stelle zuhanden des Publikums und auch des Protokolls fest, damit man das später nachlesen kann, dass da das Vermögen im Sinne von Art. 7 Abs. 2 gemeint ist, d. h. das Steuerfaktum CHF 300'000 Vermögen. Das beinhaltet automatisch, dass Schulden abgezogen werden können, was ja eigentlich logisch ist. Man muss nicht ein Bruttovermögen versteuern, respektive bei einem Bruttovermögen von CHF 300'000 erlischt kein Anspruch, sondern bei einem Nettovermögen. Und zweitens, dass von diesem Nettovermögen sogar noch die Sozialabzüge, wie das Steuerrecht sie vorsieht, abgezogen werden können. Das bedeutet für viele Steuerpflichtige, dass diese Limite, wo man keine Gutschriften mehr bekommt, weit über CHF 300'000 liegt. Die Sozialabzüge betragen für Ehepaare CHF 200'000 und pro Kind nochmals CHF 50'000, sodass wenn jemand mehrere Kinder hat und in einer Gemeinschaft lebt, er nicht so schnell die CHF 300'000 Limite erreicht. Vielen Dank für die Kenntnisnahme und für die Protokollierung.

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 7 Massgebliches Einkommen

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 8 Änderung der Verhältnisse

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 9 Pflichten

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 10 Rückerstattung und Nachzahlung

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 11 Bescheid über Anspruch und Höhe

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegt ein Antrag der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt der Antrag stillschweigend als angenommen.

Art. 12 Rechtsmittel

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegen Anträge der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gelten die Anträge stillschweigend als angenommen.

Art. 13 Inkraftsetzung

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Es liegt ein Antrag der Redaktionskommission vor. Sind Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, gilt der Antrag stillschweigend als angenommen.

Rückkommen

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie wissen, in der vorbereitenden Kommission hat uns Jakob Auer als Kantonsrat darauf aufmerksam gemacht, wir seien nicht die einzigen, die an einem Reglement für Betreuungsgutschriften arbeiten. Auf kantonaler Ebene werde ebenfalls an einem entsprechenden Gesetz gearbeitet. Wir waren perplex, wir wussten das nicht. Nochmals danke vielmals Jakob, dass du uns darauf aufmerksam gemacht hast. Die vorbereitende Kommission wollte daraufhin das ganze Verfahren sistieren. Sie haben beschlossen, dass weiterzumachen ist, weil es sehr lange dauern werde, bis ein kantonales Gesetz unser Reglement überholt habe. Im Nachhinein habe ich Ihnen recht zu geben. Ich habe Ihnen versprochen, Sie vor der Schlussabstimmung über den Stand der kantonalen Gesetzgebung zu orientieren. Dem komme ich wie folgt nach:

Am 4. Oktober, also bevor wir überhaupt begonnen haben, hatte der Grosse Rat die entsprechende Motion Bünter unterschrieben. Mitunterzeichner war unser alter Stadtpräsident Dominik Diezi. Am 21. März 2023, also diesen Frühling nach der 2. Lesung beantwortete der Regierungsrat diese Motion mit dem Antrag, der Grosse Rat solle sie erheblich erklären. In der Sitzung vom 7. Juni 2023 diskutierte der Grosse Rat die Motion und die Antwort des Regierungsrats und erklärte die Motion mit 102 zu 14 Stimmen für erheblich, also klar. Derzeit arbeitet das Departement für Erziehung und Kultur einen Gesetzesentwurf aus, der voraussichtlich Ende Jahr vom Regierungsrat genehmigt werden wird. Ich habe mit dem entsprechenden Juristen gesprochen und ihn gebeten, unser Reglement ein bisschen anzuschauen, vielleicht wäre das eine Vorlage, sodass wir nicht mehr viel abzuändern haben. Darauf folgt, wenn der Entwurf verwaltungsintern gemacht wird, das öffentliche Vernehmlassungsverfahren. Das Resultat dieser Vernehmlassung wird das DEK für eine Überarbeitung des Gesetzesentwurfs heranziehen, worauf der überarbeitete Entwurf zusammen mit einer Botschaft wieder an den Regierungsrat zur Genehmigung geht. Dann haben wir etwa Ende 2024. Der vom Regierungsrat genehmigte Gesetzesentwurf und die Botschaft gehen daraufhin an den Grossen Rat. Darauf wird eine vorberatende Kommission eingesetzt und in der Folge 2 Lesungen und eine redaktionelle Lesung durchgeführt. Dies wird voraussichtlich wiederum mindestens ein Jahr dauern. Übersteht das Gesetz die grossrätlichen Beratungen problemlos, wird der Regierungsrat eine Verordnung ausarbeiten und zusammen mit den Gemeinden dafür sorgen, dass das Gesetz auch vollzogen werden kann. Dafür braucht es einen gewissen Mechanismus und die notwendige EDV, das gibt also noch einiges zu tun. Mit Inkraftsetzung von Gesetz und Verordnung ist nicht vor dem 1. Januar 2027 zu rechnen. In der Meinung, unser Stadtrat werde unser städtisches Betreuungsreglement per Neujahr 2024 in Kraft setzen, hat unser Reglement somit sicher eine dreijährige Überlebenszeit vor sich, ohne dass es revidiert werden muss. Drei Jahre werden wir sicher mit unserem Reglement kutschieren können. Im Übrigen liegen wir mit unseren parlamentarischen Retuschen am Reglements-vorschlag des Stadtrats nicht schlecht. So war der Grosse Rat etwa einstimmig der Meinung, das Gesetz solle vorsehen, dass Eltern, die Gutschriften verlangen, in der Regel zu arbeiten haben, wie wir das auch eingefügt haben. Und dass für Kinder mit Problemen von den Krippen höhere Ansätze verlangt werden können, was zu entsprechend höheren Elterngutschriften führt. Zwei Punkte, die wir Parlamentsmitglieder in Abweichung zum städtischen Entwurf in unser Reglement dann auch aufgenommen haben. Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Abstimmung

Das Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen angenommen.

Vizepräsidentin Esther Straub, Die Mitte/EVP: Das Reglement gilt somit als beschlossen. Die Inkraftsetzung wird vom Stadtrat bestimmt.

3. Stadt Arbon, Budget 2024 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Zu diesem Traktandum möchte ich speziell Pascal Bächler von der Finanzverwaltung begrüßen. Er wird dankenswerterweise Änderungen aus der heutigen Sitzung aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird er uns nach einer kurzen Pause das aktuelle Endergebnis direkt vorlegen.

Die Botschaft des Stadtrats zum Budget 2024 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2024 vorberaten; der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor.

Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern. Zuerst erfolgt das Eintreten, dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats kapitelweise durchgehen. Dazu können Fragen gestellt werden. Die Erfolgsrechnung wird mit dem gelben Teil behandelt. Ich werde jeweils die Seiten und Funktionen nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen. Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Präsident der FGK das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen und bleibt der Antrag unbestritten, gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder von einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag der FGK abgestimmt. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein weiterer Antrag gestellt, werden wir gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst über die Änderungsanträge, d. h. den Antrag FGK und die Anträge der Parlamentsmitglieder einander gegenüberstellen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Hauptantrag des Stadtrats gegenübergestellt und darüber abgestimmt. Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich verfahren und diese einander gegenüberstellen. Den obsiegenden Antrag werden wir wiederum dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen.

Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung des Investitionsplans (grüner Teil) weiterfahren. Zum Finanzplan (rosa Teil) können im Anschluss wiederum Fragen gestellt werden.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Die FGK ist die vorberatende Kommission für die Beratung des Budgets im Parlament. Es ist mittlerweile hinlänglich bekannt, dass für diese Aufgabe mit dem Abstimmungstermin übers Budget im jeweils alten Jahr der FGK nicht viel Zeit zur Verfügung steht, um dieser Tätigkeit nachzukommen. In der Zeit vom 10. August bis zum 4. September hat die FGK das Budget beraten und an einem Fragenachmittag mit dem Stadtrat und leitenden Angestellten der Stadt diskutiert.

Anders als im Vorjahr schlägt der Stadtrat dem Parlament ein Budget vor, das einen Aufwandüberschuss von gut CHF 900'000 vorsieht. Die FGK hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Aufwandüberschuss zu minimieren. Es ist der FGK ein grosses Anliegen, massvolle und fundierte Vorschläge zur Budgetverbesserung einzubringen. Teilweise liegen auch seit der Erstellung des Budgets durch den Stadtrat heute neue Erkenntnisse vor. Diese haben wir ebenfalls in unseren Anträgen eingearbeitet.

Mit den Korrekturen der FGK kommen wir am Schluss auf ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von unter CHF 200'000 zu liegen. Die FGK bittet Sie, den Anträgen zuzustimmen. Ich werde diese in der Detailberatung kurz jeweils begründen.

Mit der Investitionsrechnung hat sich die FGK intensiv befasst. Die Kommission ist der Ansicht, dass für Arbon die Investitionstätigkeit höher sein muss, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Aus diesem Grund hat die FGK nur sehr zurückhaltend Anträge für die Investitionsrechnung formuliert und solche, die auch aus Sicht des Stadtrats realistischerweise im Budgetjahr nicht angepackt werden können.

Erfreut ist die FGK über die detaillierte Projektplanung und den Willen des Stadtrats, transparent über die anstehenden und laufenden Projekte zu informieren. Das hilft der Kommission, die Geschäftsfälle besser einordnen zu können und ihrer Funktion als vorberatende Kommission auch gerecht zu werden.

Ich möchte es vermeiden, Ihnen Passagen aus dem Bericht vorzulesen. Das soll auch ein Beitrag zu einer schlanken Budgetsitzung heute Abend sein. Nicht auslassen will ich aber den aufrichtigen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und der Verwaltung, die uns alle von uns gewünschten Informationen zugänglich gemacht haben.

Allen voran danken wir natürlich unserem direkten Ansprechpartner für alle Finanzfragen, dem Leiter der Finanzabteilung unserer Stadt Pascal Büchler.

Das Eintreten, wir haben es bereits gehört, ist obligatorisch. Da ich gleichzeitig Präsident der FGK und Fraktionspräsident der FDP/XMV bin, kann ich auch gleich hinzufügen, dass sich die FDP/XMV hinter die Finanzkommission stellt und kein weiteres Eintretensvotum halten wird.

Irena Noci, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne dankt dem Stadtrat für das Vorlegen des Budgets 2024 sowie die gute Zusammenarbeit mit der FGK in der Vorbereitungsphase. Danken möchte ich im Namen der Fraktion auch der FGK und vor allem deren Präsident Cyrill Stadler sowie Pascal Büchler, Leiter Finanzen. Es braucht von allen Beteiligten viel Einsatz, um das Budget in so kurzer Zeit zu beraten und den Bericht zu erstellen.

Die Fraktion SP/Grüne hat sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt. Auffällig im Budget sind der Anstieg der Personalkosten und die hohen Investitionen. Für unsere Fraktion ist es verständlich, dass es Personal braucht, um die laufenden und zukünftigen Projekte umzusetzen. Daher erscheint uns der Anstieg der Personalkosten gerechtfertigt. Wir begrüßen die geplanten Investitionen gegenüber dem Vorjahr und hoffen, dass diese wie geplant umgesetzt werden.

Im Gegensatz zum Stadtrat schlägt Ihnen die FGK eine Anpassung der drei Lohnkomponenten sowie eine Reduktion des Personaletats im Departement Bau und Umwelt vor. Die Fraktion SP/Grüne lehnt diese beiden Vorschläge mehrheitlich ab. Bei der Lohnerhöhung unter dem Personaletat im Departement Bau und Umwelt folgt die Fraktion SP/Grüne den Anträgen der FGK. Zusätzlich werden wir in der Detailberatung an verschiedenen Positionen Anträge stellen. Die Fraktion SP/Grüne ist für Eintreten.

Pascal Ackermann, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion möchte ich mich beim Stadtrat für das Erarbeiten des Budgets sowie bei der FGK sowie deren Präsidenten Cyrill Stadler für die geleistete Vorarbeit bedanken. Ebenso möchten wir uns beim Leiter der Abteilung Finanzen, Pascal Büchler sowie den Mitarbeitenden der Stadt Arbon für die geleisteten Arbeiten bedanken.

Nach einigen Jahren mit sehr guten Rechnungsabschlüssen hat das budgetierte hohe Minus in unserer Fraktion für keine Begeisterung gesorgt. Die FGK konnte bereits zu einem guten Teil korrigierend Hand anlegen, sodass wir nicht ganz so pessimistisch ins nächste Rechnungsjahr starten werden. Die Anträge der FGK werden von unserer Fraktion unterstützt.

Womit wir jedoch nicht einverstanden sind, ist die Situation rund um den grossangelegten Personalausbau. Es ist unverständlich, warum zum Beispiel eine Abteilungsleitung, die in Zukunft im Jobsharing ausgeführt werden soll, ein Mehr an Stellenprozenten benötigt. Ebenfalls ist für uns nicht ergründlich, warum die Situation im Schwimmbad bezüglich Bademeister nicht mit Teilzeitangestellten und Springern gelöst werden kann und dafür eine neue Vollzeitstelle geschaffen werden musste. Hierbei stört uns auch besonders das Vorgehen, dass diese Anstellung bereits getätigt worden ist, bevor wir im Parlament darüber diskutieren können. Wir werden diese Kritik mit Kürzungsanträgen in der Detailberatung ergänzen.

Die Richtung bei den Investitionen finden wir sehr gut, es darf kein weiterer Investitionsstau entstehen. Für uns stellt sich aber die Frage, ob diese doch hohen oder vielen Investitionen so auch wirklich realisierbar sein werden. Uns scheint eine entsprechende Priorisierung der Projekte nach Dringlichkeit sehr wichtig. Das Thema Bahnhofstrasse, das heute sicher auch noch diskutiert wird, lässt in diesem Zuge aber entsprechende Zweifel aufkommen. Wir sind für Eintreten auf das Budget 2024.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Auch die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat, dem Leiter der Abteilung Finanzen Pascal Büchler und allen beteiligten Verwaltungsmitarbeitenden für die sorgfältige Erarbeitung des Budgets 2024. Danken möchte ich im Namen der Fraktion

auch der FGK und vor allem auch deren Präsidenten Cyrill Stadler. Es braucht von allen Beteiligten viel Einsatz und Flexibilität, um das Budget in dieser zu kurzen Zeit durchzuberaten. FGK-Präsident Cyrill Stadler ist es ausgezeichnet gelungen, die wichtigsten Erkenntnisse aus der Budgetberatung und den Diskussionen mit dem Stadtrat im Bericht zusammenzufassen. Auch dieser Budgetprozess hat aus unserer Sicht wieder gezeigt, dass der aktuelle Modus mit der Volksabstimmung bereits im November zu einem extremen Zeitdruck führt. Darunter leiden die Qualität und die Seriosität für die Erarbeitung und die Prüfung des Budgets.

Das Wichtigste aber gleich vorweg: Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt sämtliche Anträge der FGK und ist erfreut darüber, dass dadurch das Budgetdefizit deutlich reduziert werden konnte. Die beantragten Anpassungen sind aus unserer Sicht sinnvoll und verantwortbar. Folgende drei Punkte haben insbesondere aber trotzdem zu Diskussionen in unserer Fraktion geführt:

1. Die budgetierten Lohnanpassungen und die Entwicklung beim Personaletat: Der starke Anstieg der Personalkosten im Budget 2024 ist augenfällig. Es ist einerseits klar, dass die Umsetzung der vielen Projekte die notwendigen personellen Ressourcen auch bedingt. Es ist aber auch offensichtlich, dass der Personalaufwand seit 2022 deutlich ansteigt, nachdem er vorher etliche Jahre gleichbleibend oder sogar zeitweise leicht sinkend war. Deshalb ist es richtig, wenn die Entwicklung beim Etat zumindest kritisch hinterfragt wird. Kein Verständnis hat unsere Fraktion dafür, dass der Stadtrat im Budget insgesamt 4 % für Lohnanpassungen vorsieht. Die Konjunkturforschungsstelle KOF rechnet mit durchschnittlich 2 % Lohnanpassungen. Deshalb unterstützt unsere Fraktion den Antrag der FGK mit insgesamt 2.3 %, was immer noch fair ist.
2. Entwicklung der ambulanten Gesundheitskosten: Die demografische Entwicklung und der Grundsatz «ambulant vor stationär» führen natürlich zwangsläufig zu höheren Kosten in diesem Bereich. Trotzdem, ein Anstieg des Beitrags an die Spitex von knapp CHF 1.8 Mio. 2021 auf nun bereits 2.6 Mio. 2024 ist enorm, auch wenn sich der Kanton mit 40 % daran beteiligt. Die Stadt Romanshorn zum Beispiel hat im Jahr 2022 weniger als die Hälfte an ihre Spitexorganisation geleistet als Arbon. Auch in Amriswil waren es immer noch CHF 500'000 weniger. Wir bitten deshalb den Stadtrat, hier seinen Einfluss geltend zu machen und die Spitexorganisation und die entsprechenden Strukturen in Arbon inskünftig genauer unter die Lupe zu nehmen.
3. Höhe der Investitionen: Im Grundsatz begrüßen wir die geplanten Investitionen, auch in der entsprechenden Höhe. Allein uns fehlt ein wenig der Glaube daran, dass diese auch tatsächlich wie geplant umgesetzt werden können. Hier lassen wir uns aber gerne eines Besseren belehren.

Wie erwähnt, wir werden sämtliche Anträge der FGK unterstützen und in der Detailberatung keine zusätzlichen Änderungsanträge stellen.

Heidi Heine, SP/Grüne: Im Budget geht es um kleine, mittlere und grosse Einnahmen wie Ausgaben der Gelder unserer Bürgerinnen und Bürger. Die FGK als kritisches Auge ausserhalb der Exekutive stellt Fragen zu beiden Seiten. Ich sehe die Aufgabe vor allem darin, dass man das Geld der Allgemeinheit sorgfältig investiert und bei den Einnahmen auf die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben besteht. Für mich ist es nach wie vor stossend, dass weder FGK, Stadtrat, Parlament noch die Fraktionen dem Thema Mehrwertabgabe vertieft nachgehen. Man will offenbar nicht wahrhaben, dass die Mehrwertabgabe erstens verbindliches Bundesrecht ist, zweitens bereits zwei Bundesgerichtsurteile vorliegen, die das bestätigen, und drittens eine abstrakte Normenkontrolle stattgefunden hat, welche zum Schluss gekommen ist, dass dieses Bundesrecht gültig und bindend ist. Im Urteil 1C_233/2021 kam das Bundesgericht zum Schluss, dass ein Verzicht auf die Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen gegen den Art. 5 Abs. 1 des Raumplanungsgesetzes verstösst und damit bundesrechtswidrig ist. Der Stadtrat schiebt diese Verantwortung dazu an den Kanton, obwohl diese beiden Bundesgerichtsentscheide bereits Städten recht gegeben haben, welche sich entgegen ihrem Kanton für die Mehrwertabgabe eingesetzt haben. Die Einnahmen für die aktuellen wesentlichen Auf- und Umzonungen in Arbon würden einem zweistelligen Millionenbetrag entsprechen. Die vordergründigen Ersatzentgegen-

kommen entsprechen bei Weitem nicht einer korrekten Berechnung der Höhe der Mehrwertabgabe. Seit fünf Jahren fordere ich nun daher in allen genannten politischen Gremien die Errechnung des realen Mehrwerts durch die dynamische Residualwertmethode. Besonders stossend ist das Nichterheben dieser Mehrwertabgabe, weil sie dafür bestimmt ist, Investitionen für das Gemeinwohl zu finanzieren. Mit diesen Beträgen müsste und könnte sehr viel für eine qualitätsvolle Innenentwicklung unserer Stadt getan werden.

Konrad Brühwiler, SVP: Wenn eine Stadt in der Grösse von Arbon in der heutigen Zeit in zwei Jahren für CHF 18 Mio. Investitionen plant, dann kann man das positiv, aber auch negativ sehen. Positiv, weil Investitionen Modernisierung, Zukunft, Verantwortung etc. bedeuten können. Wenn ich aber die Nettoinvestitionen vom letzten Jahr von CHF 1.9 Mio. (Geplant waren CHF 4.4 Mio.) mit den geplanten Investitionen von diesem Jahr und dem Budget für das nächste Jahr vergleiche, dann muss ich doch staunen und mir fallen Begriffe wie unrealistisch, unmöglich und wahnsinnig ein. Ich bin überzeugt, dass wenn wir die Hälfte davon ausschöpfen, die Verwaltung die maximale Arbeit geleistet hat. Denn diese maximale Arbeit fällt auf unsere Verwaltung zurück. Ich frage mich, ob die Verwaltung diesen Herausforderungen überhaupt gewachsen ist. Zum Beispiel im Strassenbau eine unglaubliche Baustelle. Warum muss man ausgerechnet in den Sommermonaten die Sonnenhügelstrasse und die Romanshorerstrasse und in Roggwil die St. Gallerstrasse, die im Sommer nachweislich viel mehr Verkehr aufweisen als im Winter, sanieren? Ich glaube, mit ein bisschen Organisationstalent und ein bisschen Koordination hätte man dies auch anders lösen können. Und da beginnt für mich die Planung mit dem Budgetprozess. Da erwarte ich von den Verantwortlichen in Zukunft schon ein bisschen mehr Voraussicht und Planung. Und ich hoffe, dass sie mit diesem grossen Investitionsvolumen umgehen können.

Zum allgemeinen Budget: Die Stellenvermehrung in der Stadt Arbon ist inakzeptabel. Ich sage es noch einmal: inakzeptabel. Diese Vermehrung an Stellen lässt sich nicht rechtfertigen. Da werden ganz viele Stellen auf Vorrat geschaffen. Es werden Stellen, die bisher befristet waren, vorzeitig und zu früh in Festanstellungen umgewandelt, die durchaus länger als befristete Stellen durchgegangen wären. Es braucht da Augenmass und in meinen Augen fehlt hier das Augenmass.

Zum Beispiel das Ressort Einwohner/Sicherheit: Es kann doch nicht sein, dass eine Abteilungsleitung bis jetzt zu 100 % von einer Person geleitet, nun wegen Mutterschaft auf zwei Abteilungsleiter zum Lohn dieser vorzüglichen Lohnklasse verteilt und zusätzlich auf 120 Stellenprozente, also um 20 % ausgebaut wird. Ein anderes Beispiel ist die Personalplanung im Schwimmbad mit einem zusätzlichen Bademeister.

Abschliessend bedanke ich mich aber vor allem auch bei der FGK für die dringend nötigen Nachbesserungen. Ich persönlich werde dem Budget mit diesem Stellenetat und dieser Personalvermehrung trotzdem nicht zustimmen.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Es ist jetzt das zweite Mal, dass das Thema Einwohner/Sicherheit diskutiert wird. Koni Brühwiler, du bist ja selber einmal Stadtrat für das Ressort Einwohner/Sicherheit gewesen. Es wurde gesagt, dass da jetzt Stellen geschaffen werden, die nicht nötig sind. Nicht verständlich wurde von SVP-Seite gesagt, das zeitliche Vorgehen sei nicht richtig. Das stimmt alles absolut nicht. Ich kann sagen, bei Einwohner/Sicherheit haben die Aufgaben effektiv zugenommen. Nur ein Beispiel: Wir hatten vor zwei Jahren 14'000 Einwohner, jetzt sind wir bei 15'500 angelangt, das gibt logischerweise am Schalter und über die elektronische Formularabwicklung mehr Arbeit. Ein anderes Beispiel sind die Todesfälle: Es müssen mehr Todesfälle bearbeitet werden. Über 200 Leichname müssen abgeholt werden, dafür braucht es zwei Personen. Dann haben wir noch die ganze Gastronomie, die auch mehr Arbeit hervorruft. Und dann haben wir noch die ganze Parkplatzbewirtschaftung. Hinzugekommen ist, dass die jetzige Stellenleiterin im Dezember in den Mutterschaftsurlaub geht. Daher ist die Idee aufgekommen, das jetzt neu in Co-Leitung zu machen. In der Privatwirtschaft ist das heute

gang und gäbe, da ist nicht mehr die Rede von Autoritätshierarchien, sondern von Kompetenzhierarchien, wo man die Verantwortung breiter in der Verwaltung streut. Daher ist ein Co-Leitung heute ein modernes Instrument, um auch bei der Verwaltung Vertrauen und die nötige Unterstützung zu erhalten. Es wurde also kein Geld verschwendet, sondern es ist dringend nötig. Ich weiss auch, dass die jetzige Stellenleiterin noch massiv Überstunden abzubauen hat. Die Aufgaben sind mehr geworden, 20 % ist das Minimum, was wir schaffen müssen, um sowohl arbeits- sowie fachgerecht, aber auch kundenorientiert und kundenfreundlich sein zu können. Diese Richtigstellung möchte ich hier beim Eintreten noch abgeben.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Vor einem Jahr fand meine erste Budgetsitzung hier in diesem Saal statt. In diesem Jahr ist viel passiert. Sie erlauben mir ein paar wesentliche Bemerkungen zum vorliegenden Budget.

Ein Hauptkritikpunkt in den letzten Jahren war unter anderem die fehlende Budgettreue, Nachtragskredite und nicht eingehaltene Investitionsbudgets. Ziel im vergangenen Jahr war es, eine Auslegeordnung zu machen und die Handlungsfelder und eine Gesamtübersicht zu erhalten, um gezielt Verbesserungen einleiten zu können und die eingeleiteten Richtungen und Projekte noch besser voranzubringen. Vieles wurde in der letzten Legislatur in die richtigen Bahnen gelenkt, muss aber weiter vorangetrieben und verfeinert werden.

Bis Ende November 2022 wurde in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitern und den Stabsstellen eine erste grobe Situationsanalyse erstellt. Diese diente dazu, das Führungssystem und die weiteren Schritte der strategischen Planung festzulegen. Von Dezember bis März wurde dann eine abteilungsübergreifende Unternehmens- und Umfeldanalyse erstellt, Handlungsfelder definiert und eine Gesamtübersicht über alle Bereiche und alle Projekte erstellt. Die Ergebnisse dienen dann als Grundlage für den Budgetprozess sowie für die Erstellung eines Finanzplans. Parallel zur Budgeterstellung wurde ein Führungssystem inklusive Projektmanagement definiert, erarbeitet und implementiert.

Der Stadtrat hat die Parlamentsmitglieder bereits vor den Sommerferien zu einer Informationsveranstaltung am 16. August eingeladen. An dieser Veranstaltung wurden die anwesenden Parlamentarier ausführlich über die Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Gesamtplanung sowie die Ergebnisse des Finanzplans informiert. Bei der Bemessung der Erfolgsrechnung und des Investitionsplans wurden die Erkenntnisse aus diesem Strategieprozess nach bestem Wissen und Gewissen berücksichtigt. In zwei Lesungen verfeinerte der Stadtrat zusammen mit den Abteilungsleitern das Budget 2024. Für die Erstellung des Finanzplans wurde als Grundlage eine Gesamtübersicht über alle Vorhaben und Projekte erstellt, die einzelnen Vorhaben wurden auf der Zeitachse realistisch verortet und grob koordiniert sowie ein Preisschild angeheftet. Die Liste ist so umfangreich, dass Prioritäten gesetzt werden mussten.

Priorisierte Projekte sind Projekte, welche fremdgesteuert sind wie zum Beispiel die Sanierung von Kantonsstrassen, bei denen wir beitragspflichtig sind. Projekte, die bereits in Bearbeitung sind, jedoch noch nicht initiiert waren, zum Beispiel Ausbaggerung der Hafeneinfahrt. Projekte mit einem hohen Nutzen für die Allgemeinheit oder einer gewissen Dringlichkeit wie zum Beispiel die Sanierung des Seeufers bei der Badi.

Diese priorisierten Projekte wurden dann zusammen mit Fachplanern und verantwortlichen Mitarbeitern detailliert geplant und teilweise bereits in Gang gesetzt. Ich werde später bei der Fragebeantwortung detailliert über dieses Verfahren informieren.

Aus dem gesamten Strategie- und Budgetprozess ging auch eine Legislaturplanung hervor. Diese ist zurzeit in redaktioneller Finalisierung und wird Ende September vorliegen. Der Stadtrat wird das Ergebnis dann entsprechend kommunizieren.

Zum Schluss noch: Im Rahmen des Strategieprozesses tauchten folgende Schwerpunkte und Handlungsfelder auf:

- Organisationsstruktur in der Verwaltung, insbesondere Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungsregelungen
- Zusammenspiel zwischen politischen und verwaltungstechnischen Prozessen, also auch die Zusammenarbeit mit dem Parlament
- Anzahl der Projekte vs. Tagesgeschäft
- Ausgestaltung und Umsetzung des Projektmanagements
- Arbeitskräftemangel und Personalentwicklung
- Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Körperschaften

So ist das Hauptziel der ersten zwei Jahre der Legislatur das Schaffen von Strukturen in der Verwaltung und der Politik, um Projekte wirkungsorientiert anstossen und vorantreiben zu können. Die Erkenntnisse und Ergebnisse des gesamten Prozesses sind in die Erwägungen zum Budget 2024 eingeflossen.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Das Eintreten ist obligatorisch und somit abgeschlossen, wir kommen nun zur materiellen Beratung. Wir beginnen mit dem weissen Teil der Botschaft.

Kapitel 11 Investitionsrechnung S. 25

Ulrich Nägeli, SVP: Es wurde bereits beim Eintreten mehrmals erwähnt und ich möchte hier gern zwei Fragen stellen zu diesem Balkendiagramm bei Nr. 11 Investitionsrechnung. Sie erkennen, dass nach sparsamen vier Jahren die Investitionen um das fast Fünffache hochgefahren werden. Wir begrüssen die Investitionsfreudigkeit des Stadtrats und sehen die Dringlichkeit für verschiedene Projekte. Jedoch stellen wir uns die Frage, ob die Verwaltung von Arbon diesen Schub überhaupt bewältigen kann. Es muss fünfmal mehr geplant, projiziert und gebaut werden. Auch die Verfahren müssen eingehalten werden. Daher stelle ich gern die zwei folgenden Fragen an den zuständigen Stadtrat oder an den Stadtpräsidenten:

1. Wo stehen wir Stand September 2023 bei den geplanten Nettoinvestitionen? Oder anders gefragt: Wie hoch ist der Betrag der geplanten CHF 9 Mio., die bis jetzt investiert oder verbaut wurden?
2. Hat die Verwaltung genug fachliche und personelle Ressourcen, um dieses geplante Volumen von ebenfalls CHF 9.8 Mio. im Jahr 2024 überhaupt zu bewältigen?

Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Erlauben Sie mir kurz, eine kleine Präsentation zu machen mit Auszügen aus der Informationsveranstaltung, wo ich gern nochmals erkläre, wie der Stand ist.

Grundsätzlich haben wir rund CHF 9.8 Mio. budgetiert, aktuell sind wir bei CHF 2.8 Mio., wenn man im Rechnungssystem nachschaut. Prognosen zeigen, dass wir etwa bei CHF 5.5 Mio. landen werden.

Die Sanierung des Stadthauses wird nächstes Jahr umgesetzt. Gründe dafür sind Wechsel im Team des FSL. Weiter gab es gewisse Zuständigkeitsfragen. Das sind CHF 180'000.

Bei der Sanierung des Hallenbodens haben wir uns überlegt, ob das überhaupt zweckmässig ist, da wieder einen Parkettboden einzubauen. In dieser Halle wird Sport getrieben und wir haben gehört, dass es da Verletzungsprobleme gibt. Deshalb möchten wir uns nochmals genau anschauen, welches für diese Halle der richtige Boden ist, darum haben wir das zurückgestellt.

Beim nächsten Projekt war schlicht und einfach die Projektplanung nicht korrekt.

Bis jetzt haben wir so budgetiert: Man hat gesagt, man möchte 2023 den Schlossturm sanieren, also setzen wir den vollen Betrag von CHF 3 Mio. ins Budget. Richtig geplant werden müsste aber wie folgt: Jedes Projekt hat eine Planungsphase und in dieser Planungsphase fallen nicht die effektiven Kosten des gesamten Projekts an. Es gibt Vorprojekte, es gibt Bewilligungsprozesse, und eigentlich müsste man Projekte auch im Finanzplan und im Budget phasenorientiert planen.

Bei der öffentlichen Verwaltung kommt erschwerend noch etwas dazu: Wir haben politische Prozesse, zum Beispiel beim Schlossturm brauchen wir eine Volksabstimmung, weil die Höhe der Investitionen in der Kompetenz des Stimmvolks ist. Das hat man bei der Planung so nicht berücksichtigt. Wir haben Bewilligungsprozesse, die durchlaufen werden müssen und bei gewissen Projekten auch öffentlich-rechtliche Verfahren wie Umzonung oder dergleichen, dies neben den klassischen Verfahren, die es sonst gibt.

Bei der Badi Seeufer haben wir jetzt das Vorprojekt gestartet. Nach dem Vorprojekt braucht es irgendwann auch eine Abstimmung über den Baukredit, vielleicht sogar über den Planungskredit, und es braucht ein Konzessionsverfahren des Kantons, wo Umweltverbände einbezogen werden müssen, wo man mit dem AFU verhandeln muss, um eben auch möglichst viele Bundesgelder abzuholen. Da stecken wir jetzt mitten in der Arbeit.

So planen wir das heute. Wir setzen nicht einfach nur einen Betrag für ein Jahr ein, sondern wir haben genau geschaut, wann es welche politischen Prozesse braucht, wann es ein Vorprojekt braucht und wie diese Projekte genau ablaufen. Alle Projekte, die jetzt für nächstes Jahr budgetiert sind, sind genau so geplant.

Dies ist eine Zusammenstellung aller Projekte, die jetzt in der Pipeline sind. Das sind natürlich nicht alle, die Kosten in der Investitionsplanung auslösen, aber man beachte die roten Punkte, das sind Volksabstimmungen. Die gelben Punkte sind Parlamentsdebatten. Und wenn wir diese Projekte so umsetzen – wir sind zuversichtlich, dass wir das eine oder andere schaffen werden – sind das doch einige Volksabstimmungen, die es braucht.

Und jetzt vielleicht kurz der Beweis: Beim Schloss sehen Sie, dass das Projekt genau entsprechend dieser Planung aufgeteilt ist. Ebenso das Schwimmbad und der Fussballplatz. Budget und Finanzplan entsprechen haargenau dieser detaillierten Planung. Darum sind wir schon der Meinung, dass mit ein bisschen Glück, wenn es nicht zu viele Einsparungen gibt, das eine oder andere doch machbar ist.

Dann noch zur Frage, ob wir genügend und auch die richtigen Ressourcen haben: Die Mitarbeiter arbeiten natürlich im Tagesgeschäft und haben nebenbei noch kleinere Projekte in den Abteilungen wie zum Beispiel Herr Büchler, der parallel zu seinem Tagesgeschäft noch versucht, die elektronischen Kreditorenprozesse einzuführen. Daneben gibt es eben die Projekte, und diese Projekte werden häufig von externen Planern geleitet. Zum Beispiel bei der Sanierung der Badi Seeufer ist es eine spezialisierte Ingenieurin und ein Umweltplaner, die am Bodensee Erfahrung haben und uns da begleiten. Diese müssen von unseren Mitarbeitern geführt werden im Sinn einer Bauherrenvertretung. Dafür brauchen sie Kenntnisse von Projektmanagement, sie müssen die Verfahren kennen, sie müssen auf Augenhöhe mit diesen Externen debattieren können. Wir haben zum Beispiel im letzten halben Jahr alle Mitarbeiter im FSL geschult im Projektmanagement, haben einen Verwaltungsökonom eingeschleust, haben externe Unterstützung geholt, die uns erklärt hat, wie solche Projekte laufen. Das Schöne ist, letztthin sagte mir eine Mitarbeiterin des FSL, sie fände es schade, dass sie in Urlaub gehe, weil es so spannend sei, diese Projekte zu bearbeiten. Auf der anderen Seite müssen diese Leute natürlich auch die politischen Prozesse kennen, damit sie den Stadtrat zum Beispiel beim Schreiben der Botschaften unterstützen können und die Prozesse auch beherrschen als Schnittstelle zur Politik.

Darum sind wir grundsätzlich schon der Meinung, dass es realistisch ist, was wir geplant haben. Garantie hat man nie, es gibt immer Einsparungen oder Verfahren, die es verzögern. Wir haben sportlich-ambitiös geplant, wie es auch eine Firma machen würde, aber realistisch. Und eben, wir haben flankierende Massnahmen eingeleitet. Das ist sehr wichtig, denn wir brauchen gute Mitarbeiter, die diese Schnittstellen ausfüllen können.

Erfolgsrechnung

S. 1 0110 Legislative

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wir sparen zuerst bei uns selber, bei der Legislative. Wir haben bei beiden das Parlament betreffenden Konti – Kommissionsgelder und Sitzungsgelder – zwei Vorschläge. Der eine ist relativ einfach. Wir haben es auch dieses Jahr wieder gesehen. Alle geplanten Parlamentssitzungen in dieser Taktung werden vermutlich nicht stattfinden, so könnten wir bei der Position 3000.00 von CHF 65'000 auf CHF 55'000 reduzieren und bei den Sitzungsgeldern für Kommissionen von CHF 30'000 auf CHF 25'000 zurückgehen.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zu diesen Anträgen? – Wenn nicht, so gelten diese Anträge stillschweigend als angenommen.

3010.00 Besoldungen

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wir haben uns lange Gedanken gemacht innerhalb der FGK. Hier kommt auch wieder der ganze Budgetprozess zum Tragen, der eben bereits irgendwo in der Grössenordnung April startet. Natürlich ist es im April schwierig zu schätzen, wo bis Ende Jahr die Teuerung zu liegen kommt. Der Stadtrat hat im Budget eine Teuerungsrate von 2 % hinterlegt, die direkt weitergegeben wird und in die Lohnkosten 2024 einfließen wird. Bei der Beratung der FGK dieses Postens lag die aktuelle Teuerung bei 1.7 %. Wir haben gesagt, das ist näher bei 1.5 % als bei 2 %. Wenn Ende Jahr die Teuerung effektiv vorliegt, kann der Stadtrat für das nächste Jahr entscheiden, wo er die Weitergabe der Teuerung ansetzen wird. In der Planung und Budgetierung waren wir innerhalb der FGK der Meinung, dass wir mit 1.5 % budgetieren und dazu eine individuelle Lohnerhöhung von 0.8 %, wie dies auch im Personalreglement der Stadt vorgesehen ist, eingebaut haben. Damit kommen wir auf 2.3 %. Wir haben bewusst auf die generelle zusätzliche Lohnerhöhung von 1 % neben der Teuerung verzichtet, weil wir der Meinung sind, dass dies auch in der übrigen Schweiz in der Wirtschaft eher nicht eintreten wird, dass man mit 4 % Lohnerhöhung auf das nächste Jahr zugehen kann. In diesem Sinn beantragen wir Ihnen statt die CHF 406'600 Lohnerhöhung für das nächste Jahr, diesen Posten bei CHF 232'600 anzusetzen. Das ist eine Budgetreduktion um CHF 174'000.

Irena Noci, SP/Grüne: Hiermit stelle ich folgenden Gegenantrag: Teuerungsausgleich 2 %, generelle Lohnanpassung 0 %, individuelle Lohnanpassung 0.8 % gemäss Personal- und Besoldungsreglement. Wie Sie hören, weicht mein Gegenantrag gegenüber dem Antrag der FGK nur bei der Teuerung ab. Als Begründung kann ich Ihnen Folgendes mitteilen: Der Landesindex der Konsumentenpreise stieg im August 2023 im Vergleich zum Vormonat um 0.2 %. Im August betrug die Teuerung 1.6 %. Die FGK beantragt eine Teuerung von 1.5 %, was unter dem Landesindex liegt. Gemäss Landesindex der Konsumentenpreise 2024 ist vom Bund mit einer prognostizierten Teuerung von über 2 % zu rechnen. Bei den Krankenkassenprämien erwartet uns infolge steigender Gesundheitskosten eine starke Erhöhung. gemäss Medienmitteilung der Arbon Energie AG vom 4. September 2023 steigen die Strompreise in Arbon um 20 %. Mit steigenden Lebensmittelpreisen, steigenden Mieten usw. ist weiterhin zu rechnen. Aus den genannten Gründen erscheint mir der Antrag des Stadtrats zur Teuerung mehr als gerechtfertigt. Unser Personal leistet seit Jahren sehr gute Arbeit. Wie Sie der Investitionsrechnung entnehmen können, erwarten uns in Zukunft viele Herausforderungen, bei denen wir auf diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind. Sie verdienen einen angemessenen Teuerungsausgleich. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich glaube, Sie wissen, was jetzt kommt. Ich war letzten Samstag mit meiner Familie an dieser Lohndemo in Bern. Da waren 15'000-20'000 Personen, ich habe sie nicht gezählt, die Medien bestätigen das. Der Antrag von Irena ist ein Kompromiss. Ich bin ganz klar für den Antrag des Stadtrats. Ich bin sicher nicht für den FGK-Antrag, der ist für mich beleidigend. Beleidigend, nicht weit schauend, allenfalls auch nicht dankbar gegenüber unserem Stadtpersonal. Wir vermischen immer die Wirtschaft und unser Stadtpersonal. Wir vermischen immer eines mit dem anderen. Aber ich habe die ersten Lohnverhandlungen abgeschlossen. Ein Beispiel einer grossen Firma im Thurgau: individuell 0.8 % und voller Teuerungsausgleich. Es ist jetzt noch ein bisschen schwierig abzuschätzen, wie hoch der wird, aber die FGK hat das nicht einmal in Betracht gezogen. Wir wollen immer etwas vom städtischen Personal. Wir wollen, dass sie motiviert sind, dass sie gut sind, dass sie sofort springen und dass sie eine Toparbeit leisten. Mit dem FGK-Antrag werden sie Lohnneinbussen haben. Das muss ich Ihnen nicht vorrechnen, das können Sie selber, Sie waren alle in der Schule. Darum bitte ich Sie, diese 0.5 %, welche unsere Fraktion im Antrag von Irena fordert, gutzuheissen. Das würde heissen, wir würden jetzt dem Antrag von Irena zustimmen, dieser würde dann dem Antrag des Stadtrats gegenübergestellt, dort können Sie den Antrag des Stadtrats ablehnen und wir hätten diese Kompromisslösung. Darum bitte ich hier nicht nur die Linken, sondern auch die Familienparteien, die sich das immer auf die Fahne schreiben, aber auch bürgerliche Parteien, die selber Kinder haben oder angestellt sind.

Ulrich Nägeli, SVP: Geehrter Lukas Auer, ich finde es jedes Mal köstlich, wenn ich dir zuhöre. Ich weiss nicht, woher du deine Zahlen immer hast, ich finde es einfach ein bisschen bemühend, wenn du immer unterscheidest zwischen Gut und Böse, Arm und Reich und die haben es verdient und jene haben es nicht verdient. Die Beispiele sind einfach nicht tragend. Viele von uns kommen aus der Wirtschaft und wir wissen, was wir an Lohnerhöhung und Teuerung haben. Wir sind in der Wirtschaft so weit, dass wir das nicht völlig decken können, aber wir machen so viel, dass die Wirtschaft weiterläuft und nicht abgewürgt wird. Darum finde ich den Vorschlag der FGK ganz vernünftig und bitte euch, diesem Antrag zu folgen und dass wir uns nicht immer das anhören müssen zwischen Gut und Böse oder Weiss und Schwarz. Es liegt irgendwo dazwischen und ich glaube, unser Personal in der Stadt ist sicher gut entlohnt, sehr gut versichert und hat gute Sozialkassen. Ich denke, sie erhalten mehr als die meisten in der Privatwirtschaft.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich möchte dir Ueli noch kurz Paroli bieten. Und zwar stimmt das schon, dass die Verhältnisse der städtischen Angestellten vielleicht einigermaßen gut sind im Vergleich zu vielen in der Privatwirtschaft. Aber ich möchte doch noch zu bedenken geben, die Energiekosten steigen, die Mieten steigen, die Krankenkassenprämien steigen und es kommen tatsächlich viele Familien an den Rand. Das hat nichts mit Gut und Böse zu tun, sondern damit, die Realitäten der aktuellen Zeit zu sehen. Ich bitte dich sehr, darauf einzusteigen und auf diesen Kompromissvorschlag einzugehen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wie an der Informationsveranstaltung im August dargelegt, befinden wir uns in einem massiven Investitions- und Projektstau. Um Projekte vorantreiben zu können, benötigen wir dringend fachkundiges und motiviertes Personal. Es gilt, den Spagat zwischen Tagesgeschäft und Projektbegleitung zu machen. Aufgrund des Arbeitskräftemangels sehen wir uns zunehmend mit einem steigenden Wettbewerb und einem Ringen um die Fachkräfte konfrontiert. Einerseits stehen wir in Konkurrenz zu anderen Zentren wie St. Gallen und Kreuzlingen, andererseits bemüht sich auch die Privatwirtschaft um unsere Fachkräfte. Wir spüren diese Entwicklung bei der Rekrutierung von Fachpersonal, bei der wir zunehmend Mühe haben, Rekrutierungen in bestehenden Lohnbändern abzuschliessen. Auch stellen wir fest, dass andere Arbeitgeber an unseren Talenten zerrren. Das gegenseitige Abwerben von Arbeitskräften nimmt zu, auch wir versuchen das. Selbstverständlich ist der Lohn nicht alles, aber wir versuchen, auch auf anderen Ebenen attraktive Arbeitsplätze bereitzustellen. Zum Beispiel schreibe ich 130 Geburtstagskarten pro Jahr. Aber trotzdem ist oft das Gehalt im Wettbewerb eben ein wichtiges Argument. Und ja, wir haben Massnahmen im Bereich interne und externe Ausbildung angestossen, weil wir für die Bearbeitung der komplexen Aufgaben, die anstehen,

gute Fachkräfte bzw. Fachwissen dringend benötigen. Projekte laufen nicht von selber, externe Planer und Auftraggeber müssen neben dem Tagesgeschäft gut geführt werden. Ich muss Ihnen nicht erläutern, was es kostet, wenn man Fachkräfte an Schlüsselpositionen ersetzen muss. Adäquat ausgebildete Talente stehen nicht wartend auf der Strasse bei unseren Berufsbildern. Oft bedient man sich aus der Not am Quereinsteigern, die man dann entsprechend ausbilden muss, was dauert und viel Zusatzaufwand erzeugt, bis die gewünschte Leistung auf dem notwendigen Niveau ist. Regelmässig in den letzten Jahren musste ich im Parlament über fehlende Professionalität und schleppende Fortschritte bei Projekten hören. Im gleichen Atemzug wird hart an den Faktoren der

Lohnentwicklung gezerrt. Ich höre auch oft, es kann sein, dass wir im Wettbewerb sind, aber schliesslich bietet die Stadt auch sichere Arbeitsplätze. Ja, das stimmt, wie andere Städte vielleicht auch. Projekte laufen nicht von allein, Veränderungen und Optimierungen in Prozessen und Strukturen benötigen flexible, engagierte und loyale Mitarbeiter. Nicht Mitarbeiter, die einen sicheren Arbeitsplatz anstreben. Wir haben zum guten Glück engagierte und voranschreitende Mitarbeiter. An dieser Stelle an alle Mitarbeiter, die hier sind, ein herzliches Dankeschön.

Dann ist noch die Geschichte mit der Wertschätzung. Klar, jeder von Ihnen hier würde natürlich sagen, wir haben gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sie würden sich bedanken. Alles andere wäre politisch auch nicht korrekt. Über Wertschätzung sollte man aber nicht nur reden. Die Realität im Alltag sieht etwas anders aus. Ein sehr engagierter Mitarbeiter lief vor ein paar Wochen auf dem Weg zu einer Besprechung an einer Gartengastronomie vorbei. Da wird ihm zugerufen: «Hey, kommst du auch zum Bier?» Der Mitarbeiter verneint und ging seinen Geschäften nach. Am Abend auf dem Nachhauseweg – nicht um 17:00 Uhr, sondern viel später – ruft am selben Ort dieselbe Person: «Hey, kommst du jetzt ein Bier trinken? Du hast doch Zeit, du arbeitest ja auf der Stadtverwaltung.» Der Mitarbeiter erwiderte: «Was arbeitest denn du? Du bist schon den ganzen Tag hier.» Nun, man könnte darüber lachen, aber leider erfahren solche Sprüche oft Mitarbeiter des Werkhofs und von anderen Abteilungen. Bis hin zu Beschimpfungen. Und das sind keine Einzelfälle. Und wissen Sie, was mir besonders weh tut? Es sind genau diese Mitarbeiter, von denen ich solche Geschichten höre, die Freizeit und Familienzeit opfern, um Arbon weiter zu bringen. Wertschätzung sieht anders aus.

Ein anderes Beispiel konnten Sie letzte Woche in den Medien lesen, wo Mitarbeiter mit reisserischen Titeln in der Zeitung kritisiert werden, zu Unrecht und auf eine Art und Weise, die so nicht gerechtfertigt ist. Und glauben Sie mir, das macht etwas mit den Mitarbeitern.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen oft im Schaufenster der Öffentlichkeit und die Erwartungen sind hoch. Manchmal sehr hoch. Stimmen Sie daher in der ersten Abstimmung dem Antrag der SP/Grüne zu und bei der zweiten Abstimmung dem Antrag des Stadtrats.

Abstimmung

Antrag FGK: 20 Stimmen; Antrag SP/Grüne: 9 Stimmen

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird mit 22 Stimmen gegen den Antrag des Stadtrats mit 7 Stimmen angenommen.

S. 3 0221 Stadtkanzlei

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Das ist ganz ein kleiner Antrag, es geht hier um einen Budgetfehler. Da waren CHF 2'740 bei der Stadtkanzlei für die Pensionskasse eingerechnet, es wären eigentlich CHF 27'400.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Sind weitere Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Wenn das nicht der Fall ist, gilt dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 4 0222 Bauverwaltung

Cyrril Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Neben dem einen grossen Posten von CHF 400'000 für Lohnerhöhungen gab es einen zweiten sehr grossen Posten ebenfalls mit rund CHF 400'000 im Bereich der Etaterhöhungen. Wir haben in der FGK lange diskutiert, ob wir auf einzelne Posten eingehen sollen oder wo man sinnvollerweise diese CHF 400'000 Etaterhöhungen noch etwas zurücknehmen könnte. Wir haben in der Diskussion mit dem Stadtrat die Position evaluiert, wo wir das machen könnten. Es ist vielleicht auch ein Zufall, dass wir das jetzt bei der Bauverwaltung diskutieren. Wir waren in der Diskussion der Meinung, dass die Erhöhung um 150 Stellenprozent bei der aktuellen Marktlage und der Suche nach geeigneten Personen wahrscheinlich am ehesten nicht zutreffen wird. So haben wir uns anhand der Diskussion entschieden, dass wir bei den Besoldungen der Bauverwaltung (0222.3010.00 und 0222.305 ff.) einen Betrag von CHF 63'000 reduzieren, respektive CHF 11'300 bei den Sozialversicherungen. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Das Personal der Bauverwaltung muss verstärkt werden, um alle Arbeiten in hoher, sauberer und schneller Qualität bewältigen zu können. Nebst der Umsetzung bzw. Begleitung aller geplanten städtischen Bauvorhaben darf auf das Tagesgeschäft nicht darunter leiden. Sei es ein Vorstoss aus dem Parlament, sei es ein Telefonat dort, seien es sonst irgendwelche Abklärungen. Die Anzahl der Baugesuche dürfte sich weiterhin sicher hochhalten. Das heisst, es braucht viele Beratungen für Neu- und Umbauten bzw. Renovationen, oder wenn zum Beispiel unsere historische Stadt viele Gebäude noch in einem denkmalpflegerischen Beratungsaufwand hat. Ich finde es nicht sehr optimal, dass wir jetzt in der Zeit dieses Fachkräftemangels der Stadt verweigern, falls sich eine mögliche Person finden lässt, diese anzustellen. Ich denke, es wird sich nicht so schnell jemand finden, aber ich finde es ein bisschen krass, wenn man jemanden finden würde. Oder man darf gar nicht suchen und die Arbeit bleibt liegen und wir leiden alle darunter nur, weil wir hier am falschen Ort gespart haben und nicht langfristig und vorausschauend gedacht haben. Ich bitte Sie, den Antrag der FGK abzulehnen und das zu bewilligen, was der Stadtrat vorgelegt hat.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Ich bitte Sie, den Antrag der FGK abzulehnen. In den vergangenen Jahren wurde in Arbon sehr viel gebaut. Wir können oder müssen davon ausgehen, dass die baulichen Aktivitäten weiterhin hoch bleiben werden. Es geht nicht nur um Neubauten, sondern auch um Umbauten. Und ja, energetische Renovationen sind aus Klimaschutzgründen sogar sehr erwünscht. Das heisst, die Arbeitsbelastung für die Bauverwaltung wird weiterhin sehr hoch bleiben.

Lassen Sie mich noch etwas sagen zu den Bauvorhaben betreffend Strassenbauten, weil das im Eintreten angesprochen wurde: Zumindest in den letzten vier Jahren wurden alle Strassenbauvorhaben pünktlich und in Superqualität ausgeführt. Es ist leider klimatisch so, dass man diese Bauvorhaben im Sommer machen muss und nicht im Winter, wenn es zum Beispiel Schnee hat oder wenn es gefroren ist.

Lukas Auer hat es auch gesagt, der Beratungsaufwand, den die Bauverwaltung für die Bauwilligen leistet, ist ebenfalls am Zunehmen. Genauso die baupolizeilichen Aufgaben, wenn zum Beispiel jemand ohne Baubewilligung oder nicht nach den Plänen baut. Und ebenso nehmen leider die Einspracheverfahren zu, manchmal auch wegen Nachbarschaftsstreitigkeiten, das belastet unsere Bauverwaltung extrem.

Neben dem Tagesgeschäft müssen wir in den kommenden Jahren auch sehr viele städtische Investitionen stemmen können, das haben wir heute mehrmals gehört. Es braucht darum genügend Personal, um die Baubewilligungsverfahren speditiv und in hoher Qualität abwickeln zu können und um unsere Investitionen zeitgerecht tätigen zu können. Nebst diesen Herausforderungen müssen auch Projekte wie beispielsweise Altlastensanierungen und Hochwasserschutz angepackt werden. Wir treiben das vor uns hin und ja, manchmal sind wir vielleicht nicht weit

davon entfernt, dass es irgendwo Überschwemmungen mit irgendwelchen Schäden gibt. Aus all diesen Gründen bittet Sie der Stadtrat, diesen Budgetposten nicht zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen angenommen.

S. 7 0293 Seeparksaal

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Beim Seeparksaal ist es uns ein Anliegen, eine kleine Korrektur anzubringen, die wir in der Budgetierung als FGK nicht ganz nachvollziehen konnten. Und zwar geht es um den Ersatz der Schliessanlage, welche in einem Kommentar mit CHF 80'000 betitelt wurde. In der FGK waren wir der Ansicht, dass wir irgendwann in naher Zukunft einer eher generellen Sanierung des Seeparksaals entgegenschauen werden und dass wir entsprechend an dieser Stelle eher auf ein Provisorium setzen würden. Wir möchten Ihnen beliebt machen, den Betrag von CHF 100'000 beim Unterhalt Hochbauten Seeparksaal auf CHF 60'000 zu reduzieren.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Der Seeparksaal ist ein Wahrzeichen unserer Stadt Arbon. Er ist ein Wort, an dem viele Auswärtige das erste Mal mit Arbon in Berührung kommen, sei das an einem Hochzeitsfest oder zum Beispiel beim Goldwing-Treffen wie dieses Jahr. Entsprechend sollten wir bemüht sein, ihn auch als Aushängeschild auf Vordermann zu halten. Natürlich gebe ich Cyrill Stadler recht, der Seeparksaal ist renovationsbedürftig und in Zukunft – ich weiss aber nicht, wo nahe und wo ferne Zukunft anfängt – werden wir ihn generalsanieren oder irgendwie anders aufstellen müssen. Ich glaube aber nicht, dass das in den nächsten zehn Jahren passieren wird. Bis dahin müssen wir ihn weiterhin sinnvoll betreiben können und deshalb auch in den Unterhalt investieren.

In den letzten Jahren wurde im Durchschnitt in den baulichen Unterhalt jeweils etwa CHF 2'500 investiert, es besteht deshalb Nachholbedarf. Die Schliessungsanlage ist defekt und leider, weil sie schon alt ist, kann sie nicht mehr repariert werden. Es muss also ein Ersatz installiert oder wo es zwingend ist, müssen Schlösser ersetzt werden. CHF 80'000 ist tatsächlich sehr viel Geld für ein Schliesssystem, dem stimme ich zu. Dies war aber auch nur eine sehr grobe Schätzung, die hier vorgenommen wurde. Ich nehme deshalb den Kürzungsantrag der FGK als Auftrag entgegen, genau hinzuschauen, wo und für was wir das Geld ausgeben. Immerhin Wissen, dass der Seeparksaal irgendwann tatsächlich generalüberholt werden muss. Ich bin aber auch froh, dass Sie nicht komplett streichen und dass Sie damit eigentlich auch den Nachholbedarf irgendwie akzeptieren. Ich nehme das so mit, dass wir im Sinn von nachhaltig und genau hinschauen diesen Antrag so akzeptieren und den Seeparksaal auch in Zukunft im Schuss halten.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Somit gilt der Antrag der FGK als stillschweigend angenommen.

S. 8 0294 Bahnhofstrasse 24

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Bei der Bahnhofstrasse 24 habe ich im letzten FGK-Bericht abgebildet, wie die Liegenschaft und die Liegenschaft nebenan aussieht. Mittlerweile ist die Stadt ausgezogen und hat keine Büronutzung mehr in diesem Gebäude. Die FGK war der Ansicht, dass es keine Studie dazu braucht, wie man das Gebäude nutzen kann, sondern dass man hier auf stadträtlich guter, gesunder Menschenverstandsbasis weiterschreiten kann. Besten Dank für die Streichung dieser CHF 20'000.

Judith Huber, Die Mitte/EVP: Ich möchte zur Bahnhofstrasse 24 eine Bemerkung machen. Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt den Antrag der FGK für die Kürzung der Ausgaben für diese Liegenschaft, da sie im Moment leer steht, sie zurzeit nicht gebraucht wird und auch nicht geplant ist, wie sie weitergenutzt wird. Provisorien generell zu erhalten oder Geld dafür auszugeben, macht nur Sinn, wenn zeitnah eine Lösung in Sicht ist. So sehen wir auch das geplante

neue Schliesssystem für den Seeparksaal als verfrüht, da in naher Zukunft Renovationen nötig werden. Dasselbe gilt für die momentane Auflage der Bahnhofstrasse 24 für ein Provisorium.

Heidi Heine, SP/Grüne: Häuser und Grundstücke im Besitz der Stadt an zentraler Lage dürfen nicht für einen kurzfristigen Gewinn aus der Hand gegeben werden. Das wäre aus Sicht der Stadt gar nicht schlau. Dies gilt neben der Bahnhofstrasse 24 in nächster Zeit auch für die Rongelle. Viel besser für unsere Stadt ist es, solche Liegenschaften im Baurecht abzugeben. Das Baurecht ist ein ideales Instrument für Gemeinwesen, erwünschte Siedlungsstrukturen zu realisieren und langfristige Erträge daraus zu erwirtschaften. Das Gemeinwesen behält dabei die Planungshoheit. Dazu muss die Stadt wissen, welche Renovationsarbeiten notwendig sind und welche Nutzungen sich für diese Liegenschaften eignen, die auch einen Wert für die gesamte Stadtentwicklung haben.

Warum möchte die FGK die Studie zur Bahnhofstrasse 24 streichen? Sollte die Liegenschaft an zentraler Lage nicht mehr für Verwaltungsaufgaben der Stadt dienen, so muss sie richtigerweise ins Finanzvermögen überführt werden. Damit ist ein Verkauf an Dritte möglich. Natürlich warten bereits gewiefte Investoren darauf, dieses lukrative, zentral gelegene Grundstück zu erwerben. Wie schnell würde dann die alte, schützenswerte Liegenschaft mit Garten einem Wohnblock weichen? Weitaus rentabler für die Investoren vor allem in Städten wie Arbon, wo eben keine Mehrwertabgabe verlangt wird. Für uns als Stadt ist es dann aber nicht mehr möglich, auf die Siedlungsstruktur Einfluss zu nehmen. Ich bitte Sie deshalb, den FGK-Antrag abzulehnen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Bei der Bahnhofstrasse 24, wie richtig bemerkt wurde, hat die Stadt im Moment keine eigene Nutzung mehr. Genau deshalb geht es darum, dass wir irgendwie definieren müssen, wie wir mit diesem Gebäude in Zukunft umgehen. Das war eigentlich das Ziel dieser Studie. Die Abteilung FSL sucht zurzeit eine Fachperson Liegenschaften. Und ich denke, wenn wir diese Stelle besetzen können, können wir durchaus auch diese Arbeit, was mit der Studie geplant war, im FSL selber abdecken. Insofern kann ich dem Antrag der FGK nichts entgegensetzen.

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen angenommen.

S. 9 1401.3010.00 Besoldungen Einwohnerkontrolle

Konrad Brühwiler, SVP: Im Namen der einstimmigen SVP stelle ich den Antrag, dieses Konto um den Betrag von CHF 28'000 zu reduzieren. Dieser Betrag entspricht laut dem Leiter Abteilung Finanzen der Etatanpassung der Abteilungsleitung Einwohner und Sicherheit zurück von 120 auf 100 Stellenprozente.

Begründung: Die SVP kann mit einer Co-Leitung leben, auch wenn wir die Effizienz in einer einzigen verantwortlichen Person bevorzugen würden. Was die SVP aber nicht akzeptiert, ist der gleichzeitige Ausbau der Leitung auf 120 Stellenprozente. Warum diese Stellenvermehrung in der Leitung? Stadtrat Luzi Schmid hat von der Einwohnerzunahme in Arbon gesprochen, er hat vom Onlineschalter gesprochen und er hat von Gastro gesprochen. Ich habe im Gastrobereich das Gefühl, es gibt immer weniger Gaststätten. Und der Onlineschalter, den wir einmal eingeführt haben, müsste doch eigentlich eine Erleichterung bringen. Und gleichzeitig haben wir bei den Öffnungszeiten beim Stadthaus – ich glaube, das war im Jahr 2022 – die Öffnungszeiten reduziert. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wir haben sehr viele Streichungsanträge eingebracht, wir haben uns die gesamte Etaterhöhung und die Lohnsituation eingehend beschreiben lassen. Konkret haben wir mit der Abteilungsleiterin Einwohner/Sicherheit gesprochen, um was es da genau geht. Die FGK hat sich in einem Gesamtpaket für diese Anträge, die wir heute

Abend gestellt haben, eingesetzt. In diesem Sinn glaube ich, wäre das ein zusätzlicher Antrag obendrauf und ich möchte beliebt machen, dass wir bei den Anträgen der FGK bleiben.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Wir haben schon beim Eintreten über dieses Thema gesprochen. Der Stadtrat hat die Co-Leitung bereits bewilligt und hat auch die Erhöhung um 20 % bewilligt. Die Stelle ist ausgeschrieben und wird in nächster Zeit auch vergeben. Das ist auch nötig, weil der Stellenwechsel auf Ende Jahr stattfindet. Da können wir nicht allzu lange zuwarten, um da keine Lücken zu schaffen. Der Stadtrat hat festgestellt, der Mehraufwand in dieser Abteilung ist gegeben. Der Leistungsauftrag ist ebenfalls ausgewiesen, dass diese Etaterhöhung richtig ist. Und vor allem auch die Kundenerwartungen. Man kann schon darüber diskutieren, dass es früher vielleicht anders ging. Heute ist das einfach der Stand, wir brauchen diese Etaterhöhung.

Da ist vor allem noch ein Punkt zu beachten: Wir haben jetzt eine Leitung, die das hervorragend macht. Sie ist schwanger und geht in Mutterschaftsurlaub. Bei allen anderen Lösungen würden wir sie vermutlich – das ist nicht abgesprochen – verlieren, das wäre ein grosser Rückschlag für die ganze Abteilung.

Auch hier ist der Fachkräftemangel ein Thema. Diese Etaterhöhung kann der Stadtrat selber beschliessen. Aber wenn nun so beschlossen wird, dass man da zurückfährt, müssten wir vermutlich gewisse Aufgaben extern vergeben. Ob das dann billiger ist, weiss ich nicht. Ich bitte Sie wirklich, diesen Antrag, den ich nicht ganz verstehe, klar abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

S. 11 1408 Berufsbeistandschaft

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich habe zwei Fragen. Bei Konto 1408.3010.01 um die Entschädigung privater Mandatsträger. Wie setzt sich dieser Beitrag zusammen und warum wurde der Betrag seit der Rechnung 2022 mehr als verdoppelt?

Dann noch eine Frage zu 1408.3130.00 Dienstleistungen Dritter: Was sind das für Zahlungen und warum wurde der Betrag seit der Rechnung 2022 mehr als verdoppelt?

Stadträtin Sandra Eichbaum, XMV: Die Frage von Lukas Auer beantwortet sich wie folgt: Das Konto 1408.3010.01 Entschädigung privater Mandatsträger ist im Zusammenhang zu sehen mit dem Ertragskonto 1408.426022. Es ist so, dass dort die Mühewaltsentschädigungen budgetiert werden. Das sind die Entschädigungen, welche private Mandatsträger für ihre Aufwendungen erhalten. Im Rahmen des Rechenschaftsberichts wird diese Mühewaltsentschädigung zugesprochen. Und wenn möglich wird sie aus dem Mündelvermögen rückerstattet. Diese Rückerstattungen sind dann eben auf diesem Ertragskonto ersichtlich. Die Höhe des Betrags wurde in den letzten Jahren immer in diesem Rahmen budgetiert. Es ist so, dass es einmal mehr ist und einmal weniger, es ist schwierig einzuschätzen. Und schlussendlich hat es keine Relevanz für die Erfolgsrechnung, weil es sich mehr oder weniger ausgleicht.

Dann zur zweiten Frage bezüglich Dienstleistungen Dritter: Konto 1408.3130.00 wurde bisher mit CHF 15'000 budgetiert, was einem Erfahrungswert entspricht. In den beiden Vorjahren wurde der budgetierte Wert nicht ausgegeben und man schloss jeweils bei ungefähr CHF 7'000 ab. Im Budget 2024 sind erneut CHF 15'000 budgetiert, da die Einführung des E-Dossiers angegangen werden muss. Es lässt sich weiter sagen, dass in dieser Funktion auch Springereinsätze verrechnet und budgetiert werden. Wir hoffen sehr, dass wir für das Jahr 2024 auf keine Springer werden zurückgreifen müssen. Die Belastung auf der Berufsbeistandschaft ist sehr hoch. Die Fälle nehmen an Menge und Komplexität zu. Hinzu kommt, dass gerade im Sozialbereich solche Unternehmen, die Springereinsätze anbieten, eine grosse Konkurrenz für uns als

Arbeitgeberin darstellen. Sie bieten sehr gute Löhne an und die Belastung ist bei solchen Kurzeinsätzen, bei denen nur das Nötigste erledigt wird, auch nicht vergleichbar. Wir müssen uns deshalb aktiv darum bemühen, dass wir unsere Mitarbeitenden mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln halten können.

S. 16 3110 Museen und bildende Kunst 3110.3636.01 Beitrag Saurer-Museum

Heidi Heine, SP/Grüne: Ein Wort zu kleinen Ausgaben und Solidarität: Im Budget werden öffentliche Gelder von der Kulturkommission vergeben. Sie sind sich einig, der Förderbeitrag für den Kulturverein Presswerk soll erhöht werden und auch das Saurer-Museum soll einen schönen Betrag aus der öffentlichen Hand erhalten. Beide Vereine leisten Grosses für Arbon. Sie tun dies leidenschaftlich mit grossem persönlichem Einsatz und Know-how. Ich persönlich schätze deren Arbeit ausserordentlich. Ich frage mich trotzdem: Könnten diese beiden wohlhabenden Vereine einen Beitrag leisten, indem sie unserer Stadt diese Gelder für die Unterstützung von Vereinen und Kulturschaffenden überlassen, wie Mani Matter so schön singt, «e chli weniger guet, dass es ihne e chli weniger guet geit» und so Vereinen und Kulturschaffenden auf die Beine helfen würden, die es schwieriger haben. Deshalb mein Antrag: Der Vorstand des Vereins Saurer-Museum soll angefragt werden, ob sie bereit sind, auf CHF 10'000 des Förderbetrags aus der öffentlichen Hand zugunsten weniger finanzkräftiger Kleinkultur zu verzichten und den Betrag der Kulturkommission zur weiteren Verwendung zu überlassen.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Ich bitte dich, den Antrag noch schriftlich abzugeben.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wir befinden uns hier in einer Position des Globalbudgets. Zuständig für diese Position ist die Kulturkommission, welche jeweils die vorliegenden Anträge prüft und entsprechend die Gelder, die zur Verfügung stehen, zuweist. In der Arbeit der Kulturkommission gibt es keine offenen Posten von kleineren Kulturorganisationen. Das Geld wird in der Regel nicht ganz ausgeschöpft, daher kann man nicht behaupten, da wäre ein extremer Nachholbedarf vorhanden. Aber wir nehmen diese Anregung gern auf und ich werde das sicher in der Kommission vortragen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Da muss ich rasch eingreifen. Mit der Position, die wir jetzt diskutieren, hat die Kulturkommission nichts zu tun. Es ist der Beitrag ans Saurer-Museum. Heidi hat das etwas vermischt mit der Kulturkommission, diese kommt später. Da hast du auch den Verein Presswerk erwähnt. Da würde ich selbstverständlich in den Ausstand treten. Aber bei diesem Posten ist das Saurer-Museum angesprochen, wobei du hier auch etwas verdreht hast. Der Betrag geht an die Saurer-Stiftung. Jetzt müssten wir darüber befinden, ob du den Antrag stellen möchtest, den Betrag zu reduzieren. Aktuell sind CHF 20'000 im Budget drin und wenn ich dich richtig verstanden habe, möchtest du den eventuell reduzieren. Aber dann müsstest du sagen, dass du den Betrag reduzieren und statt CHF 20'000 CHF 10'000 ins Budget schreiben möchtest.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich möchte eben nicht den Beitrag reduzieren, sondern ich möchte, dass man das Saurer-Museum fragt, ob sie auf freiwilliger Basis diesen Betrag der Stadt lassen. Denn es sind öffentliche Gelder, die sie nicht unbedingt brauchen und es bestehen ja zwei Vereine des Saurer-Museums. Und wie wir alle wissen, sind die finanziell sehr gut aufgestellt. Dann finde ich, könnte man wirklich dieses Geld aus der öffentlichen Hand kleineren Vereinen zukommen lassen. Aber ich möchte das nicht als Kürzung vorschreiben, sondern ich möchte, dass man das Saurer-Museum fragt und Freiwilligkeit dahinter steht.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Ich denke, der Stadtrat hat das Anliegen gehört und aufgenommen.

S. 16 3120 Denkmalpflege und Heimatschutz 3637.00 Beiträge an Kultur- und Naturobjekte

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Bei den Beiträgen an Kultur- und Naturobjekte hat sich bei den Erläuterungen ein Fehler eingeschlichen. Ich bitte Sie, die Erläuterungen «Schätzungen aufgrund des neuen Energie- und Umweltfonds» ersatzlos zu streichen, weil das mit diesem Konto keinen Zusammenhang hat. Die Erläuterungen passen zu einem anderen Konto.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Einwände zu diesem Antrag? – Wenn das nicht der Fall ist, gilt der Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 18 100 3290 Kulturförderung Globalkredit 3290.3636.14 Beitrag an Kulturverein Presswerk

Konrad Brühwiler, SVP: Im Namen der Mehrheit der SVP stelle ich den Antrag, dieses Konto um CHF 4'000 zu reduzieren.

Begründung: Der Kulturverein Presswerk leistet weit über die Region und den Kanton hinaus grossartige Arbeit. Konzertbesucher kommen von weit her. Das gilt es zu loben. Aber der Kulturverein Presswerk ist ein Verein. Ein Verein, der wie jeder andere Verein, aber eben halt gewinnorientiert arbeitet. Er arbeitet als Profitorganisation, deshalb meinen wir, diesen Betrag von CHF 8'000, den er dieses Jahr erhält, wäre gerechtfertigt. Wir wissen, dass es ein kleiner Betrag ist und dass dieser Betrag auf Empfehlung der Kulturkommission zustande gekommen ist. Trotzdem bitten wir Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Wie hinlänglich bekannt ist, bin ich Co-Präsident dieser steuerlich befreiten Nonprofitorganisation und trete für dieses Geschäft in den Ausstand.

Cyrill Stadler tritt in den Ausstand und verlässt den Raum.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Erstens: Jetzt befinden wir uns im Rahmen des Globalkredits für verschiedene Einzelbeiträge. Im Sinne der Transparenz nehme ich an, hat der Stadtrat die Einzelbeiträge aufgeführt. Er müsste das aber gar nicht tun. Der Stadtrat kann auf Antrag der Kulturkommission über diesen Globalkredit entscheiden. Wenn schon, müsste der Antrag lauten, dass der Gesamtbetrag um CHF 4'000 gekürzt werden müsste.

Vielleicht trotzdem noch ein Satz zu diesem konkreten Antrag: Eigentlich hat es Konrad Brühwiler selber schon ausformuliert. Das Presswerk leistet effektiv einiges weit über die Grenzen von Arbon hinaus, ist inzwischen sicher schon ostschweizbekannt, wenn nicht sogar noch weiter bekannt. Das rührt einerseits von den grösseren Konzerten her, da waren wahrscheinlich etliche von ihnen auch dabei, da haben wir nationale Grössen im Presswerk begrüssen dürfen. Das Presswerk beheimatet aber auch diverse Anlässe von unbekanntem Künstlerinnen und Künstlern, wo vielleicht 30 oder 40 oder 50 Besucherinnen und Besucher anwesend sind. Das funktioniert nur mit Unterstützung einerseits der öffentlichen Hand, und da ist nicht nur die Stadt betroffen, sondern der Kanton leistet entsprechend der Stadt auch einen höheren Beitrag. Andererseits funktioniert das nur mit zahlreichen Vereinsmitgliedern. Deshalb erlaube ich mir, hier auch einen Input zu geben. Ich kenne die Rechnung als Vereinsmitglied, die Rechnung ist alles andere als gewinnorientiert. Das funktioniert nur mit ganz vielen Vereinsmitgliedern und funktioniert auch nur mit einem Vorstand, der ehrenamtlich tätig ist. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Wir haben wieder einmal einen Rasenmäherantrag. Mein Vorredner hat es gesagt, es ist ein Globalkredit. Wenn wir der Meinung sind, wir müssen das um CHF 4'000 kürzen, heisst das nicht, dass das Presswerk dann CHF 12'000 bekommt, es kann sein, dass diese CHF 4'000 allenfalls beim Sinfonieorchester oder der Jugendmusik oder sonst irgendwo abgezogen würden. Es ist einfach ein Rasenmäherprinzip und das hat weder Hand noch Fuss. Interessant ist auch, Konrad Brühwiler hat zuerst in vier Sätzen das Presswerk ge-

lobt. Das Presswerk ist eines der Wahrzeichen in Arbon, das müssen wir uns einfach eingestehen. Das sind grosse Poptitanen, grosse Musiker, kleine Musiker, die wahrscheinlich noch niemand kennt. Und wenn wir jetzt da anfangen zu streichen, muss man sich irgendwann fragen, warum man im Presswerk so viel Interesse überhaupt erweckt hat. Also bitte, hören wir auf, CHF 4'000 bei einem Globalkredit zu streichen. Ich bitte, in Zukunft solche Anträge zuerst zu überlegen und sich dann allenfalls mit dem Globalkredit auseinanderzusetzen.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich möchte auch auf keinen Fall, dass dieser Globalkredit gekürzt wird, sondern den unbedingt belassen, wenn es irgendwie geht. Ich möchte auch nochmals sagen, das Presswerk leistet wunderbare Arbeit für Arbon. Dank dem Presswerk einen Joe Cocker gehört zu haben, ist einfach genial. Also auch hier mein Wunsch an den Stadtpräsidenten, das mitzunehmen. Die Presswerkler selber wissen, wie es um ihre Finanzen steht. Es steht mir nicht zu zu sagen, ob die guten Gewinn machen oder nicht. Aber ich denke, sie werden sich bestimmt solidarisch verhalten, wenn sie gut bei Kasse sind. Und wenn nicht dann eben nicht. Aber ich bitte darum, die Globalkreditkürzung abzulehnen.

Linda Heller, SP/Grüne: Als Kulturschaffende erlaube ich mir, hierzu trotzdem noch etwas zu sagen. Ich schätze das Presswerk auch sehr und bin gegen einen Kürzungsantrag, möchte auch festhalten, dass ein Kulturverein definitiv diverser sein sollte, unabhängiger sein sollte. Ich halte die Stadt an, dabei mitzuhelfen, dieses zu professionalisieren. Es kann nicht sein, dass zwei FDP-Männer diesen Kulturverein formen und so eine zentrale Position wie das Presswerk, das Kulturzentrum der Stadt, so stark bestimmen können. Ich denke, da braucht es vielleicht eine Demokratisierung.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Ich möchte jetzt doch auch noch etwas dazu sagen. Ich bin von der Stunde null an gratis und franko – ich habe sonst niemanden von Ihnen gesehen, der das gemacht hat – mit diesen zwei FDP-Herren in dem noch nicht umgebauten Presswerk gesessen und habe von Hand diese mickrigen Eintritte einkassiert. Dann haben wir Kleiderbügel organisiert und haben angefangen, die Jacken von unseren Gästen aufzuhängen. Es war alles improvisiert. Es gibt eine Aktiengesellschaft, der das Presswerk gehört. Das ist nicht primär Cyrill Stadler und Dani Eugster, damit wir diese zwei Namen auch noch nennen. Diese zwei haben sehr viel von ihrer Freizeit und sehr viel von ihrem eigenen Geld investiert. Aber es gibt eine Aktiengesellschaft, der dieser Bau gehört. Die haben auch viel finanzielles Risiko auf sich genommen, um diesen Bau zu renovieren und zu erstellen, um das Restaurant zu machen, um diese Halle auch noch zu machen. Immer wieder kommen auch neue Forderungen, was man noch machen könnte. Man hat diese ganze Infrastruktur, nicht nur einfach die Wände, sondern auch für den Schall und die Decke gemacht. Und die Aktiengesellschaft hält das. Das ist nicht die Stadt Arbon, das ist eine rein private Geschichte mit Unterstützungsgeldern selbstverständlich von der öffentlichen Hand, was damals sehr geschätzt wurde. Aber die Stadt kann nicht einfach sagen, wir übernehmen jetzt die ganze Geschichte. Da steckt sehr viel Geld von privaten Leuten drin, die Aktien gekauft haben. Und dann zu meinen, man könne hingehen und fordern, dass die Stadt hier Einfluss nimmt! Dann soll sie aber auch die ganze finanzielle Situation übernehmen. Nur ich habe den Eindruck, kein Mensch weiss, um was für Zahlen es sich hier handelt. Das geht nicht um ein paar Franken, sondern da wurde richtig viel Geld investiert, da ist richtig viel Geld drin. Das ist nicht eine Person, das sind ganz viele Aktionäre, die aus Goodwill Aktien gezeichnet haben, um das für Arbon zu ermöglichen. Und dann zwei Namen zu nennen, die vorne an einem Verein stehen, finde ich persönlich ganz offen gesagt ziemlich billig. Also wenn durch private Initiative so etwas getragen und gemacht wird, bin ich der Meinung, sollte man primär sagen: Vielen Dank. Wenn einem der Einfluss nicht passt, die diese Leute dann nehmen, dann muss man selber halt etwas anderes auf die Beine stellen, selber die Gelder zusammen sammeln, um so etwas zu machen. Aber man kann nicht hingehen und im Nachgang diesen Leuten es vorwerfen, wenn sie sich einen Traum erfüllen und das auch noch finanzieren. Sorry, wenn ich so deutlich werde.

Riquet Heller, FDP/XMV: Dieses Votum schreit nach einer Replik. Es geht nicht um einen Beitrag an diese Aktiengesellschaft, wo die Aktionäre genau gewusst haben, was sie machen, sondern an den Kulturverein, der vorgeschaltet wird. Und das ist die Künstleragentur. Und diesbezüglich ist das Votum von Linda vielleicht berechtigt. Die leise Kritik unter Verweis auf das Eigentum so abzuschmettern, ist meines Erachtens gegenüber Kunstschaaffenden fehl am Platz.

Abstimmung

Der Antrag von Konrad Brühwiler wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Cyrell Stadler kehrt zur Sitzung zurück.

S. 19 3410 Sport 3636.01 Förderbeiträge Sport

Stadtrat Daniel Bachofen, SP/Grüne: Wir haben schon öfters gehört, dass das Budget unter ziemlichem Zeitdruck entsteht, daher kommt hier ein Antrag, der sich aufgrund neuer Erkenntnisse seit der Verabschiedung des Budgets resp. der Beratung der FGK ergeben hat. Der grösste Beitrag läuft für das Thurgauer Kantonturnfest, das wir nächsten Sommer hier in Arbon begrüßen dürfen. Sie dürfen sich freuen, es wird sicher ein toller Anlass. In der Zeit zwischen dem Budget und jetzt wurden die Verhandlungen zur Patronatsvereinbarung finalisiert und nun liegen die definitiven Zahlen vor. Dabei haben wir festgestellt, dass CHF 24'000 im Vergleich zum Budget fehlen. Dabei handelt es sich aber um Beträge, wo interne Leistungen der Stadt zum Beispiel für den Werkhof, aber zum Beispiel auch für die Zurverfügungstellung des öffentlichen Raums nicht an das Thurgauer Kantonturnfest verrechnet werden. Das heisst, diese CHF 24'000 sind nicht erfolgswirksam, sondern es handelt sich um interne Verrechnungen. Aus Gründen der Transparenz haben wir uns entschieden, den Antrag zu stellen, hier korrekt zu budgetieren. Das heisst, für das Konto 3410.3636.01 würde der Antrag des Stadtrats neu CHF 135'800 lauten und bei Konto 3410.3910.00 für die internen Leistungen des Werkhofs CHF 12'200. Dazu gibt es noch zwei Gegenpositionen für die Gegenrechnung, das wäre 3421.4240.01 mit CHF 49'600 und 6191.4910.00 mit CHF 12'200. Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und freuen Sie sich auf das Thurgauer Kantonturnfest nächstes Jahr in Arbon.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 27 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

S. 19 3411 Schwimmbad 3010.00 und 305 ff.

Konrad Brühwiler, SVP: Im Namen der einstimmigen SVP stelle ich den Antrag, diese Position um den Betrag von CHF 74'000 zu reduzieren.

Begründung: Ich habe es beim Eintreten schon erwähnt und gerügt. Man stellt im Schwimmbad nicht noch einen zusätzlichen Bademeister ein. Vor allem nicht, wenn man nicht weiss, wie der kommende Sommer werden wird. Stellt doch für die absoluten Ausnahmen und Spitzentage Personen im Stundenlohn an. Dann haben wir die Ausgaben zwar auch, aber nur und lediglich bei schönem Wetter. Wenn wir nämlich einen schlechten Sommer haben, bezahlen wir laut Planung der Stadt dem zusätzlichen festangestellten Bademeister für Tätigkeiten, die er nicht erledigen kann, weil er keine Arbeit hat. Er verdient also Lohn für keine Tätigkeit. Und was machen wir mit diesem Bademeister im Winter? Fragen über Fragen. Damit aber eines klar ist, die SVP ist für die Sicherheit und spricht sich für genügend Personal im Schwimm- und Strandbad aus. Aber nur, wenn es sie auch braucht. Es geht uns von der SVP auch um spürbare und finanzierbare Verbesserungen, deshalb werden wir an der nächsten Sitzung eine Interpellation zu den städtischen Schwimmbädern einreichen. Da wollen wir einmal mit dem Stadtrat über diese zwei Schwimmbäder diskutieren können. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP zu unterstützen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich glaube, ich war diesen Sommer mehr als 22 mal im Schwimmbad Arbon. Ich habe zwei kleine Kinder. Jedes Mal platzieren wir uns vor dem kleinen Schwimmbecken und ich beobachte manchmal auch das Personal. Der Bademeister ist die wichtigste Person im Schwimmbad. Er soll Sicherheit signalisieren. Er soll zeigen, hier ist jemand, der die Aufsicht hat. Wir müssen nicht warten, bis jemand ersäuft oder ein anderes Problem entsteht, allenfalls ein Bademeister langfristig ausfällt, bevor wir jemanden im Stundenlohn anstellen. Leute im Stundenlohn anstellen hat Vorteile, hat aber auch Nachteile, denn auch dort gibt es gewisse Regeln. Wir fangen jetzt an, eine Stelle zu minimieren, die es einfach braucht für Sicherheit. Ich möchte nachher niemanden schreien hören, oder wenn ich ins Schwimmbad gehe, da hat es keinen Bademeister. Und was macht der Bademeister ausserhalb der Saison? Wenn jemand Überstunden leistet, muss er diese irgendwann kompensieren. Ich möchte nicht der SVP-Fraktion das Arbeitsgesetz erklären. Ihr wisst es selber, diese Leute arbeiten in diesen Monaten viel mehr, damit sie nachher kompensieren können. Ich bitte euch, diese Stelle nicht zu streichen. Denken wir an die Sicherheit im Schwimmbad, denken wir und hoffen wir, dass wirklich nichts passiert. Bitte Sie, den Antrag der SVP abzulehnen.

Ulrich Nägeli, SVP: Zu dieser Lösung sind wir gekommen, weil wir das eingehend diskutiert haben. Vier Leute sind ein sehr hoher Personalbestand. Bademeister müssen sich gewöhnt sein, dass sie einen flexiblen Job haben, der saisonal ist. Ich glaube auch, dass sie mit einer gewissen Flexibilität mit unterschiedlichen Arbeitszeiten diese Sicherheit gewähren können und das mit unterschiedlichen Arbeitszeiten abdecken können. Wir sehen einfach, dass vier Leute fest angestellt sind. Wir können aber nirgendwo sehen, wofür diese Mitarbeiter die Zeit im Winter nutzen. Deshalb wollen wir das ein bisschen durchleuchten. Aus diesem Grund sind wir dagegen, dass hier noch eine weitere Person eingestellt wird, weil wir denken, die Arbeitsleistung könnte mit Flexibilität gelöst werden.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Besten Dank, dass ich hier auch noch etwas dazu sagen darf. Wir haben uns dieses Themas in der FGK sehr eingehend angenommen. Auch wir in der FGK konnten diesem Streichungsantrag sehr viel Sympathie entgegenbringen. Wir haben uns das aber seitens Stadtrat angehört und diskutiert. Vermutlich gibt es andere Lösungen. Wir haben darüber gesprochen, ob man vielleicht am Montagmorgen die Badi schliessen und dort alle Reinigungsarbeiten, Rasenmähen usw. erledigen könnte. Das ist aber in unseren Augen eine Exekutivaufgabe, hier in Zukunft Lösungen zu suchen, neue Modelle zu finden. Und wir wollten wiederum im Gesamtpaket nicht noch einen zusätzlichen Streichungsantrag einbringen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Es ist richtig, Bademeister haben einen Saisonjob. Das heisst durchaus, dass sie im Sommer sehr viel mehr arbeiten als im Winter. Aber es gibt ein Arbeitsgesetz und auch die Stadt muss sich darum kümmern, dass die Mitarbeiter der Stadt entsprechend die Ruhezeiten und die Pausenregelungen einhalten können. In der Saison 2022 hat man festgestellt, dass diese Ruhezeitenregelungen schwierig oder nicht einzuhalten waren. Und noch unter SVP-Stadtrat Jörg Zimmermann hat FSL dann Anfang 2023 den Antrag gestellt, einen zusätzlichen Etat von 90 % beim Schwimmbad auszubauen. Anfang 2023 hat man dann tatsächlich einen Bademeister mit einem 80%-Pensum eingestellt. Das war alles noch unter der alten Stadtregierung. Ich würde der SVP da einmal empfehlen, beim Stamm oder beim Bier mit ihrem ehemaligen Stadtrat darüber zu sprechen.

Ein Teil der Mehrkosten, die hier entstehen, können durchaus kompensiert werden, indem man Hilfsbademeister weniger anstellt. Dies ist aber relativ schwierig zu budgetieren, weil das natürlich stark wetterabhängig ist. Was man nicht vergessen darf, die Springer, die wir haben, haben andere Kompetenzen und eine andere Ausbildung als unsere Hauptbademeister. Man kann das also nicht einfach eins zu eins ersetzen. Die Saison 2023 ist mittlerweile zu Ende. Die Anstellung hat sich bewährt. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Ich bitte Sie, auch daran zu denken, es geht nicht nur um die Gesundheit dieser Mitarbeiter der Stadt, die in langanhaltenden Phasen unter grossen Überzeiten leiden könnten, es geht durchaus um die Sicherheit unserer Badegäste, es geht um die Sicherheit der Kinder, die unser Schwimmbad besuchen. Und falls Sie den Antrag der SVP annehmen, dann sehen wir uns gezwungen, über die

Öffnungszeiten nachzudenken und da allenfalls Anpassungen zu machen, damit wir eben die Ruhezeiten einhalten können. Ich bitte Sie nochmals, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

S. 21 3415 Bootshafen

Cyrell Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Der eine Antrag ist ein Antrag, der aufgrund neuer Erkenntnisse vom Stadtrat kommt. Bei der Bootshafen WC-Reinigung wird es CHF 6'500 weniger brauchen als ursprünglich budgetiert, also CHF 32'500 statt CHF 39'000. Und beim Bootshafen Ertrag aus Betriebskosten zeigt die aktuelle Hochrechnung, dass wir auch im nächsten Jahr mit CHF 190'000 budgetieren können, also ein Anstieg um CHF 15'000 bei der Position 3415.4637.00.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zu den Anträgen der FGK? – Dies scheint nicht der Fall zu sein, damit gelten die Anträge der FGK stillschweigend als angenommen.

S. 24 3422 Spielplätze, übrige Freizeitgestaltung 3130.00

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich beantrage Ihnen die Schliessung der WC-Anlage beim Sportplatz Stachen und somit der Streichung der für Reinigung sowie für Strom und Wasser anfallenden jährlichen Kosten von CHF 10'000. Vorweg bedanke ich mich bei der Stadtschreiberin Wypächtiger und beim Chef Abteilung Freizeit/Sport/Liegenschaften Wilhelmsen, dass sie mir aufgezeigt haben, wo ich meinen Antrag überhaupt anzubringen habe, nämlich beim zitierten Konto, und welches die Auswirkungen meines Antrags sein werden. Es ist nicht unbedingt klar, dass bei diesen CHF 10'000 das WC auf dem Sportplatz gemeint ist, aber die Verwaltung hilft einem weiter.

Natürlich pflegte und pflege ich immer noch einen recht intensiven Meinungs austausch mit dem Stachener Schulgemeindepräsidenten Jürgen Schwarzbeck. Insbesondere sehen wir uns jeweils als Arboner Bürger an den Versammlungen der Bürgergemeinde. Dieser Meinungs austausch zeigte und zeigt nicht nur Differenzen betreffend Sportplatz Stachen, sondern auch Gemeinsamkeiten. Eine dieser Gemeinsamkeiten ist, dass das öffentliche WC, das in der Ecke des Sportplatzes Stachen steht, ersatzlos geschlossen werden sollte. Dies, was auch immer über den Sportplatz beschlossen werden wird, ob wir ihn behalten oder der PSG Stachen in irgendeiner Form abgeben werden. Ich begründe meinen Antrag, den ich im Einverständnis mit Jürgen Schwarzbeck, aber ohne Unterstützung meiner Fraktion stelle, wie folgt:

1. Es besteht für dieses WC auf dem Stachener Sportplatz einfach kein Bedarf. Ich lebe seit 70 Jahren in Arbon und hatte es nie aufgesucht. Im Hinblick auf den Antrag, den ich hier stelle, habe ich es auf Spaziergängen und beim Getränkeholen beim Möhl mehrmals "gwunderhalber" aufgesucht. Es war jedes Mal blitzblank sauber, ja machte einen kaum bis sogar ungebrauchten Eindruck und ich habe nie Verwüstungen oder Spuren davon angetroffen in diesen Räumlichkeiten. Auch die Rechnung führt nichts an, was auf Vandalismus in dieser WC-Anlage hinweisen würde, während die übrigen Anlagen, namentlich beim Schloss und den Quaianlagen gemäss Klagen des Stadtrats dauerndem Vandalismus unterliegen. Vandalismus deutet wenigstens darauf hin, dass die Anlagen aufgesucht werden, während die WC-Anlage in Stachen mangels Benützung offenbar in absolutem Frieden ruht.
2. Die Stadt hat anstands- und lautlos die öffentlichen WC-Anlagen an der St. Gallerstrasse zwischen Forsthaus und Aach sowie die Richtung evangelische Kirche an die Berglithurnhalle angebaute WC-Anlage geschlossen. Das WC Forsthaus steht noch heute und ist mit einem Bretterschlag verriegelt. Die WC-Anlage bei der Berglithurnhalle hat die PSG Arbon für eine Erweiterung des Geräteabstellraums für die Turnhalle

herangezogen. Wenn die Standorte St. Gallerstrasse und Berglistrasse bzw. evangelische Kirche als zentrale Standorte für öffentliche WC-Anlagen sang- und klanglos geschlossen werden konnten, so kann man auch eine WC-Anlage in der Arboner Vorstadt Stachen schliessen. Niemand wird behaupten können, der Standort Sportplatz Stachen sei eine Verkehrslage, wo eine WC-Anlage hingehöre, wenn beim Forsthaus, wo beispielsweise der stark frequentierte Kunstrasen Fussballplatz liegt, oder der Standort oben am Bergli keine solche WC-Anlage mehr benötigt. Kommt hinzu, dass zur Not auch die WC-Anlagen im nahen Schulhaus Stachen und im Mostereimuseum Möhl gleich über der Strasse benutzt werden können.

3. Wir wissen alle, dass der Stadtrat der PSG Stachen mit Abtreten des Sportplatzes auch die Pflicht überbinden will, dass diese Schulgemeinde dort weiterhin eine öffentliche WC-Anlage unterhält. Ich meine, das gehe nicht an. Das Unterhalten einer öffentlichen WC-Anlage einer Schulgemeinde zu überbinden, ist nicht statthaft. Das ist nicht ihre Aufgabe, sondern Aufgabe der politischen Gemeinde. Kommt hinzu, dass das Übertragen einer Pflicht, ein öffentliches WC zu unterhalten, zusammen mit der Übertragung von Eigentum mittelalterlich ist. Im vorliegenden Fall strebt der Stadtrat das Einräumen eines dinglichen Baurechts an eine Schulgemeinde an und verlangt von dieser im Gegenzug, dass sie ein öffentliches WC auf dem Baurechtsland zu unterhalten hat. Dies verbietet das ZGB. Das ist nicht eintragbar und kann auch wegbedungen werden. Es werden nur Grundlasten zugelassen, die eine Tätigkeit des Grundeigentümers vorsehen, die in engem Zusammenhang mit der Benützung des Grundstücks stehen, wie zum Beispiel einen Weg zu unterhalten und dergleichen. Da müssen sie tätig werden. Aber nicht beispielsweise ein Fasnachtshuhn abliefern, das ist vorbei. Eine WC-Anlage zu unterhalten ist etwas, das direkt nichts mit dem Baurecht zu tun hat und ist darum verpönt. Ich gehe davon aus, dass sich die PSG Stachen erfolgreich gegen unsere Auflage wehren könnte, wenn wir sie zum Unterhalt einer öffentlichen WC-Anlage auf ihrem Grundstück verpflichten wollten. Allenfalls könnten wir ein Stück dieses Grundstücks behalten und dort selber noch ein WC unterhalten, wenn wir die Fantasie und den Willen dazu haben. Darum weg mit dem unnützen WC und wir bzw. in Zukunft die PSG Stachen spart sich jährlich CHF 10'000.
4. Stilllegungskosten fallen keine an, Signalisation entfernen und verschliessen der Türen ist alles. Diese sind massiv. Überhaupt ist das Gebäude sehr repräsentativ. Es ist sehr gut. Geschlechtergetrennte WC-Anlagen plus WC-Anlagen für Invalide, Letztere immer verschlossen. Der Repräsentativbau wurde seinerzeit von der Ortsgemeinde Frasnacht erstellt und war die einzige solche Anstalt dieser Gemeinde. Wenigstens ein öffentliches WC gehört zu einer selbstständigen Gemeinde, dachten sie damals. Ich wage zu behaupten, dass die Stadt Arbon dort nie ein öffentliches WC hingebaut hätte. Wir haben das WC, weil wir es von der Ortsgemeinde Frasnacht im Rahmen der Bildung der politischen Gemeinde übernehmen durften. Und jetzt legen wir die alte Sache einfach wieder still. Dort wäre von uns nie ein WC gebaut worden, wenn das nicht die selbstständige Ortsgemeinde Frasnacht so getan hätte. Namentlich nicht in dieser Qualität. Ich bitte Sie, meinen Streichungsantrag, WC schliessen und jährlich CHF 10'000 sparen, zu unterstützen.

Cyrril Stadler, FDP/XMV: Wir haben uns per Zirkulationsbeschluss innerhalb der Fraktion FDP/XMV bereits über dieses Thema ausgetauscht und uns als Fraktion gegen diesen Streichungsantrag entschieden. Diese Abgabe des Sportplatzes Stachen im Baurecht ist ein laufendes Geschäft. Operative Hektik kann vieles vertuschen. Wir sind der Meinung, lasst uns das Geschäft Sportplatz Stachen angehen und entscheiden und in diesem Rahmen auch darüber befinden, ob es dort noch ein öffentliches WC braucht oder nicht. Ich glaube, es wäre ein Schnellschuss, wenn wir das heute anhand des Budgets entscheiden würden.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich bitte Sie, den Antrag klar abzulehnen. Riquet Heller legt Jürgen Schwarzbeck in den Mund, dass von Jürgen Schwarzbeck aus dieses WC geschlossen werden könnte. Das hat er persönlich gesagt, aber es ist eine persönliche Meinung. Er hat nämlich wörtlich gesagt: «Ich brauche dieses WC nicht, ich kann zu Hause aufs WC.» Und ich glaube,

auch die Stachener brauchen dieses WC nur bedingt, aber es ist für andere, die vielleicht dort beim Schulhaus parkieren, auf eine Velotour gehen oder auf eine Wanderung, dann ist dieses WC genau am richtigen Ort. Und noch etwas: Ich glaube, Riquet Heller möchte die Schulbürger von Stachen bestrafen. Aber sorry, das sind Einwohner der Stadt Arbon, die gilt es nicht zu bestrafen, auf keine Art und Weise. Bitte lehnen Sie deshalb diesen Antrag ab.

Lukas Auer, SP/Grüne: Bitte lehnen Sie diesen Antrag klar ab. Ich möchte es mit einem kleinen Satz erklären, den jeder Familienvater und jede Mutter immer wieder mal gehört hat. «Papi, ich muess bisle.» Ich kann dir sagen, lieber Riquet, ich war schon mehrmals froh, dass es dort ein WC hat. Und ich erwarte auch, dass es auf einem öffentlichen Platz eine Toilette hat, das ist einfach Standard. Und du musst bitte aufhören, diesen Machtkampf hier ins Parlament zu bringen. Cyrill Stadler hat es gesagt, das ist jetzt eine laufende Geschichte und jetzt müssen wir nicht schon wieder ein negatives Signal nach Stachen schicken. Es sind CHF 10'000, das WC ist immer sauber, das erwarte ich auch. Ich gehe oft genug an Open-Airs, da wäre ich froh, die WCs wären so sauber. Und bezüglich Vandalismus muss man zuerst ein WC zerstören, damit du den Sinn siehst, dass es dieses WC braucht. Tut mir leid lieber Riquet, dieser Antrag ist einfach Willkür und unnötig. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich werde mich nicht zu zukünftigen Regelungen äussern, sondern zum Budget 2024 bei diesem WC. Der Stadtrat ist grundsätzlich der Meinung, dass jeder Stadtteil ein WC haben sollte. Es gibt einen Stadtteil, der keines hat, das ist der Stadtteil Frasnacht. Bei der Mitwirkung, die wir gemacht haben, ist das aber als Punkt aufgekommen, dass dort ein öffentliches WC fehlt. Und zur Sauberkeit des WCs: Ich war auch schon auf diesem WC und hoffe, du würdest danach nicht feststellen, dass ich dieses WC benutzt hatte. Ich gehe daher davon aus, dass du deshalb nicht gemerkt hast. Nebenan ist das Schulhaus, das Schulhaus ist aber kein öffentliches WC und ich würde mich wundern, wenn das WC die ganze Zeit offen wäre. Dasselbe gilt auch für das Museum Möhl. Es gibt natürlich immer Bevölkerungsgruppen, die mehr auf ein WC angewiesen sind wie Familien zum Beispiel. Aber es gibt auch ältere Leute, die froh sind, wenn sie in der Nähe ein WC haben. Oder Leute, die inkontinent sind, sind sehr froh, wenn wir eine gute Infrastruktur zur Verfügung stellen. Zudem gibt es einen Punkt, den eigentlich noch niemand wissen kann. Es gibt in Stachen eine IG, die sich um eine Zwischennutzung dieses Sportplatzes bemüht. Dieser soll für Kinder und Jugendliche belebt werden. Weil dieser jetzt nicht mehr so zur Verfügung steht, soll aus privater Initiative und mit privatem Geld der Sportplatz attraktiver gemacht werden. Wir sind da im Gespräch. Und falls da eine Zwischennutzung, eine temporäre Nutzung dieses Sportplatzes kommen würde, wäre eine Schliessung nämlich genau das falsche. Es gibt also viele Gründe, den Antrag abzulehnen. Ich bitte Sie alle, dies zu tun.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich glaube, ich habe Jürgen Schwarzbeck schon richtig verstanden. Er geht nicht dort auf die Toilette, er hat sein Einfamilienhaus gerade nebenan. Das ist klar. Ebenso wenig werden die Toiletten gebraucht für die Einwohner von Stachen. Es sind die Touristen und Fussgänger, die dort sind. Offensichtlich sehr viele. Ich meine, wenn das so ist, dass das ein hochfrequentierter Standort ist, wann eröffnet der Stadtrat die Toilette beim Forsthaus wieder? Das ist eine Toilette, die betriebsbereit ist, nur die Bretter müssen weggenommen werden. Dort an zentraler Lage könnte wieder eine WC-Anlage eingerichtet werden, nämlich nahe eines Sportplatzes, der sehr stark frequentiert ist, nämlich die Kunstwiese, die gleich dort ist, und es wäre der Bevölkerung sehr gedient. Ich freue mich schon auf die Eröffnung einer öffentlichen WC-Anlage in der Aussengemeinde Frasnacht.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich muss dich korrigieren, beim Forsthaus wurde Ersatz geschaffen. Der steht auf dem Sportplatz, etwa 150 m weiter. Zudem wird dieses Gebäude in Zukunft abgerissen, es entsteht eine neue Trafostation für die Arbon Energie AG, also wirst du da keine Wiedereröffnung erleben.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller wird mit 1 Ja-Stimme gegen 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

S. 26 4210 Ambulante Krankenpflege

Stadträtin Sandra Eichbaum, XMV: Aufgrund des Eintretensvotums der Fraktion Die Mitte/EVP, welche die Spitexkosten erwähnt hat, erlaube ich mir, etwas dazu zu sagen. Natürlich ist sowohl dem Stadtrat als auch der Verwaltung das auch aufgefallen und ich möchte es gern zu erklären versuchen. Das Leistungsvolumen bzw. die Anzahl Pflegestunden nehmen stetig zu, einerseits aufgrund ambulant vor stationär, andererseits aufgrund der Komplexität der Fälle. Im Spitexbudget für das Jahr 2024 wurde 10 % mehr Arbeit berechnet. Die Personalkosten nehmen ebenfalls zu. Und zwar ist in den Administrativverträgen mit den Krankenkassen geregelt, welches Personal für welche Einsätze einzusetzen ist. Weniger qualifizierte Leistungen werden oftmals ebenfalls von teurem Personal durchgeführt und zwar, weil es betrieblich nicht sinnvoll ist, wenn zwei Personen zum Einsatz gehen. Beim Vergleich, wie viel die Stunden kosten, ist jeweils zu sehen, dass die Spitex Region Arbon auch teuer ist. Manchmal hat es damit zu tun, dass nicht zwischen den Pflegestunden und den Hauswirtschaftsstunden unterschieden wird. Dort lässt sich sagen, dass der Stundenmix bei der Regio Arbon im Verhältnis 95 % Pflege- zu 5 % Hauswirtschaftsstunden ist. Durchschnittlich ist dieser Mix im Kanton Thurgau bei den Spitexorganisationen 85 % zu 15 %. Vergleicht man die reinen Pflegestunden untereinander, sieht man auch, dass wir eher teuer sind. Das hat vor allem damit zu tun, dass wir ein grösseres Angebot haben, zum Beispiel durchgehende Nachtpikett, Palliative Care und Demenzpflege.

Dann noch zum Einflussbereich des Stadtrats: Die Beträge, die die Krankenkassen bezahlen müssen, stehen in der Krankenpflege-Leistungsverordnung, sind also auf Bundesebene festgelegt. Bei der Patientenbeteiligung gibt der Bund einen Spielraum von 0-20 % der an die Krankenkassen verrechneten Kosten vor. Im Kanton Thurgau hat man sich auf 10 % der an die Krankenkassen verrechneten Kosten festgelegt bis maximal CHF 15.35 pro Tag. Jetzt sehen Sie, der Spielraum oder der Einflussbereich ist eigentlich leider nicht gegeben. Ich hoffe, ich konnte etwas zum Verständnis beitragen.

S. 34 5730 Asylwesen

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle Ihnen keinen Antrag, sondern mache Sie darauf aufmerksam, dass unter dem folgenden Konto (Asylwesen mit Schutzstatus S) die Stadt Einnahmen von gegen CHF 1 Mio. hat. Ich gehe davon aus: Niemand schenkt uns etwas, damit wir durch die Asylanten so viel verdienen. Diese Vorschüsse, die wir jetzt kassiert haben und positiv verrechnen, werden nicht, wie es bereits im Rahmen der Rechnung gesagt wurde, als Rückstellungen verbucht, sondern dem Eigenkapital gutgeschrieben. Folge ist: Irgendwann werden die Asylanten uns irgendetwas kosten. Denn die Vorschüsse, die für sie bezahlt wurden, sind uns nicht geschenkt worden, sondern mit einem erheblichen Risiko verbunden. Und weil wir keine Rückstellungen haben, werden wir das mit dem Eigenkapital bezahlen müssen. Seien Sie also nicht erstaunt, wenn in den nächsten Jahren hier grosse negative Zahlen kommen, ohne dass wir Reserven dafür haben und ohne dass wir irgendetwas von anderen Ämtern und Institutionen dafür bekommen. Das wurde uns vorab abgegolten und steckt nun im Eigenkapital, weil keine Rückstellungen gemacht worden sind.

S. 39 6191 Werkhof

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Es geht um die internen Verrechnungen. Hier liegt ein Budgetierungsfehler vor. Die Differenz ist sehr bescheiden, es sind CHF 1'550. Hier bitten wir Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Das ist nicht der Fall, somit gilt dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 41 6220 Regional- und _Agglomerationsverkehr

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Dem Stadtrat liegt eine neue Schätzung vom Kanton vor, diese ist um CHF 39'000 höher als ursprünglich budgetiert, nämlich CHF 789'000. Das ist eine rein technische Geschichte.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Das ist nicht der Fall, somit gilt dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 42 7200 Abwasserbeseitigung allgemein, öffentliche WC-Anlagen

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich bitte den Stadtrat, mit der SBB Verhandlungen aufzunehmen, damit die Toilette am Bahnhof öffentlich bleibt und nicht mehr bezahlt werden muss und sich die Stadt an den Kosten für die Reinigung beteiligt. Dieses Beispiel hat die Stadt Frauenfeld, dort sind die WCs im Bahnhofbereich öffentlich zugänglich und kostenlos. Ich bitte den Stadtrat, mit der SBB Kontakt aufzunehmen, damit das in Arbon auch der Fall sein kann, dass dieses WC vom Benutzer ohne Kostenfolge benützt werden kann.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Besten Dank für den Hinweis. Wir nehmen das so entgegen und suchen mit der SBB das Gespräch. Mal sehen, was sich da machen lässt und ob das für die Stadt Sinn macht.

S. 43 7301 Abfallbeseitigung

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Es geht um die hier schon vielfach diskutierten Unterflurcontainer. Wir haben das mit dem Stadtrat besprochen. Hier sind CHF 80'000 budgetiert. Anhand der laufenden Bewilligungen, die für diese Unterflurcontainer nötig sind, denkt die FGK, dass wir wahrscheinlich näher bei CHF 60'000 zu liegen kommen als bei CHF 80'000.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Das ist nicht der Fall, somit gilt dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 45 7690 Übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Auch hier ein Resultat aus der frühen Budgetierung. Der Stadtrat hat im April/Mai noch damit gerechnet, dass die Förderbeiträge im Energiefördergefäss mehr ausgeschöpft werden. Dort haben wir ja die Regelung, dass der Fonds immer per Anfang Jahr auf CHF 300'000 aufgefüllt wird. Dem aktuellen Stand der Fördergesuche entsprechend kann dieser Betrag verringert werden. Wir haben momentan Fördergesuche im Umfang von CHF 80'000 drin, also sind noch CHF 220'000 verfügbar. Aufstocken muss man dieses Gefäss realistischerweise bis Ende Jahr um ungefähr CHF 150'000, und da liegt noch eine Marge drin.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Das ist nicht der Fall, somit gilt dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 47 Raumordnung allgemein

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Hier haben wir insgesamt vier Anträge, ich werde sie in einem Votum zusammenfassen. Die ersten beiden betreffen die Besoldungen. Dort ist es eine Diskussion, die wir mit dem Stadtrat geführt haben, dass wir auf diese Stelle hier verzichten bzw. weniger erhöhen und dafür in der Stadtkanzlei die Erhöhung bestätigen und dort nicht streichen. Dann sind es neue Erkenntnisse resp. Anträge der FGK. Bei der Raumordnung, Neustart, Initialisierung, Begleitung erachten wir bei der Ortsplanung für 2024 nicht mehr in diesem Umfang als nötig. Und bei der Stadtentwicklung hat der Stadtpräsident uns bereits informiert, dass die Kosten voraussichtlich tiefer liegen als in der Budgetphase angenommen. Zuletzt noch bei der Verkehrsplanung dasselbe, auch da eine Reduktion um CHF 40'000.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zu den ersten drei Anträgen der FGK (Besoldungen, Sozialversicherungsbeiträge und Verkehrsplanung)?

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich habe nur eine Verständnisfrage, und zwar an den Stadtpräsidenten, ob dieser Posten auch Mitwirkungen der Bevölkerung betrifft.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Nein, das wäre hier beim falschen Konto. Wenn, dann müsste es bei der Stadtentwicklung sein, da sind im Moment keine expliziten Kosten für Mitwirkungen drin. Wenn wir normalerweise im Rahmen eines Projekts eine Mitwirkung machen, wird das über das Projekt abgerechnet, weil es ja dem Projekt dient.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es weitere Fragen zu den ersten drei Anträgen der FGK? – Das ist nicht der Fall, somit gelten diese drei Anträge stillschweigend als genehmigt.

S. 48 7900.3131.08 Standortförderung

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Hier wurde der Antrag angekündigt. Riquet Heller verzichtet darauf. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag der FGK? – Das scheint nicht der Fall zu sein, somit gilt auch dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 49 8400 Tourismus und Marketing 3636.01 Beitrag an Thurgau Tourismus

Lukas Auer, SP/Grüne: Hier gab es einmal eine Informationsveranstaltung, da hat man uns versprochen, regelmässig den Jahresbericht zugänglich zu machen. Wir haben da auch eine Botschaft bezüglich wiederkehrenden Kosten verabschiedet. Ich bitte den Stadtrat, dies nochmals zu deponieren, dass dieser unaufgefordert zu uns kommt und auch, dass man die Botschaft und die Dauer dieser Zahlungen im Kopf behält, damit wir frühzeitig noch einmal über dieses Geschäft bzw. eine Verlängerung dieses Vertrags im Parlament ausführlich debattieren können. Denn dieser Beitrag an Thurgau Tourismus wurde mit teilweise sehr viel Kritik gutgeheissen. Ich bitte, dieses Geschäft frühzeitig ins Parlament zu bringen sowie den Jahresbericht unaufgefordert uns zuzustellen, entweder über einen Link oder ausgedruckt bei einer Parlamentssitzung.

S. 51 9500 Ertragsanteile übrige

Cyrrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Die beiden Anträge der FGK sind miteinander gekoppelt. Sie betreffen die Grundstückgewinnsteuern. Aufgrund der Zahlen in der Vergangenheit und unserer Schätzung innerhalb der FGK möchten wir beliebt machen, die Grundstückgewinnsteuern bei CHF 1 Mio. anstelle von CHF 900'000 anzusetzen. Und weil von den Grundstückgewinnsteuern, die wir einnehmen, 15 % in eine Spezialfinanzierung für Kulturobjekte fliessen, beantragen wir Ihnen, nebst der Erhöhung der Grundstückgewinnsteuern auch eine Erhöhung der Einlage in diese Spezialfinanzierung für Kulturobjekte um CHF 150'000 statt CHF 120'000.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zu diesen beiden Anträgen der FGK? – Das ist nicht der Fall, somit gelten die beiden Anträge stillschweigend als angenommen.

Investitionsbudget und Investitionsplan

S. 2 3414.5040 Sportplatz Stacherholz, Neubau Kunstrasenspielfeld West

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich möchte darauf hinweisen, Grünstadt Zürich hat die ZHAW mit einer Studie beauftragt, die 2021 unter dem Titel «Kunst- und Naturrasen im ökologischen Vergleich» veröffentlicht worden ist. Diese zeigt, dass der unverfüllte Kunststoffrasen die beste Ökobilanz aufweist. Ich möchte einfach darauf hinweisen, falls das nicht schon eh bekannt ist. Und zum

zweiten, dass man das beachtet und so einen unverfüllten Kunststoffrasen vorzieht. Ich bitte euch, darauf zu schauen und diese Studie zu beachten.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, da die CHF 100'000 für den Kunstrasen aus Steuergeldern finanziert werden, muss gewährleistet sein, dass Mädchen und Frauen den Rasen gleichermaßen nutzen können wie Buben und Männer. Es darf heutzutage nicht sein, dass Mädchen und Frauen mangels Infrastruktur der Garderoben solche Plätze nur marginal nutzen dürfen. Es sind deshalb gleichzeitig mit den Arbeiten für den Kunstrasen die entsprechenden infrastrukturellen Anpassungen bei den Garderoben und Waschräumen vorzunehmen.

3414.5040 Pumptrack

Konrad Brühwiler, SVP: Zum Pumptrack habe ich widersprüchliche Angaben. Wo genau soll dieser Pumptrack entstehen und wie weit ist hier die Planung fortgeschritten? Wurde da bereits ein Baugesuch eingegeben?

3411 Schwimmbad Ufersanierung

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es ein Gesetz über die öffentliche Zugänglichkeit der Ufer aus dem Jahr 1983 gibt. Zweck: «Kanton und Gemeinden fördern im öffentlichen Interesse die Zugänglichkeit der Ufer und die Anlage von Uferwegen.» § 5 Abs. 2 lautet: «Der Kanton kann den Gemeinden an den Bau von Uferwegen Beiträge bis zu 50 % der Kosten gewähren.» Sodann weiss ich, dass in einem Konzept der Stadt einmal ein Uferweg durch das Schwimmbad drin war. Frage: Ist der Winterweg durch die Badeanstalt aus Abschied und Traktanden gefallen? Das Schwimmbad ist jetzt geschlossen. Während sieben Monaten des Jahres werden wir um das Schwimmbad herumlaufen. Und wenn Sie da hingesehen haben, (der Sprechende weist mit der Hand zur Fensterfront Nord des Saales hinaus): Da vorne wäre auch noch ein Uferweg fällig, nämlich bis zum Zaun des Schwimmbads. Das sind weitere 200 m. Ich bitte den Stadtrat um Stellungnahme, ob der Uferweg aus Abschied und Traktanden gefallen ist.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich versuche, es der Reihenfolge entsprechend dem Budget zu beantworten.

Uferweg: Es ist aktuell nicht geplant, dass wir einen Uferweg machen würden. Grundsätzlich gab es einmal ein Postulat hier im Parlament, das ist noch gar nicht so lange her, und das Parlament hat das damals nicht an den Stadtrat überwiesen. Ich glaube, Arbon ist wahrscheinlich eine der Gemeinden, die am allermeisten Uferbereiche der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Aber vielleicht kommen wir im Lauf des Projekts der Ufersanierung noch zu neuen Erkenntnissen.

Kunstrasen: Wir sind bei diesem Projekt im Moment in der Vorbereitung. Eigentlich wollten wir heute die Botschaft an das Parlament liefern, damit das hier beraten werden kann, damit wir danach die Volksabstimmung machen können. Wir waren letzten Freitag unter anderem mit dem FC unterwegs in der Schweiz und haben uns Kunstrasenplätze angeschaut. Wir haben keinen einzigen Kunstrasenplatz angeschaut, der mit Kunststoff verfüllt ist. Wir haben uns Kunstrasenplätze angeschaut, die mit Kork verfüllt sind. Wir haben uns auch Plätze in Zürich angeschaut, die unverfüllt sind. Die Entscheidung, was wir genau nehmen, ist noch nicht gefällt, aber wir werden die Ökologie da sicher beachten.

Stacherholz: Das Projekt der Sportanlage Stacherholz beinhaltet ja verschiedene Teile. Einerseits den Neubau des Kunstrasenplatzes plus die Sanierung des Naturrasenspielfelds Ost inkl. dem Korbballfeld. Der Stadtrat plant, diesen Teil als erstes vor Volk zu bringen und als erstes zu realisieren. Dann gibt es einen zweiten Teil, da geht es um den Hauptplatz, um die Rundbahn und die Gestaltung dieses Bereichs. Hier ist allenfalls eine Tribüne plus zusätzliche Garderoben angedacht. Selbstverständlich werden wir darauf schauen, dass auch Mädchen

Fussball spielen können, daran ist auch der FC interessiert. Ich denke, das wird da sicher Eingang finden.

3414.5040 – Budgetiert haben wir hier Planungskosten von CHF 50'000. Wir haben mit dem Planungsbüro, welches uns hier unterstützt, über das Projekt gesprochen. Die Erkenntnis ist, wir müssen hier einen Architekturwettbewerb stattfinden lassen – dieser ist für nächstes Jahr geplant –, weil dieser nötig ist, um die Volksabstimmung vorzubereiten. Das Planungsbüro schätzt den Architekturwettbewerb auf CHF 160'000. Deshalb stellen wir den Antrag, das entsprechende Konto auf CHF 180'000 zu budgetieren, damit wir mit diesem Projekt weiterschreiten können.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Der Pumptrack ist auf dem Gelände der Schule in Frasnacht vorgesehen. Der Pumptrack ist ein Element, welches aus der Mitwirkung in Frasnacht aufgekomen ist. Es gibt eine IG Pumptrack in Frasnacht. Sie wollte dafür eigentlich Geld sammeln, hat es aber leider nicht geschafft, das komplette Kapital zusammenzukriegen. Deshalb ist sie auf die Stadt zugekommen und hat darum gebeten, dass die Stadt einen grösseren Anteil dieser Kosten übernimmt. Der Plan des Stadtrats ist: Wir werden eine Botschaft dazu machen, werden diese ins Parlament bringen. Dann ist auch klar, wo der Pumptrack genau hinkommt. Das Parlament kann darüber beraten, dann würden wir in die Umsetzung gehen. Ein Baugesuch gibt es demnach noch nicht.

3424 Camping

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Das ist der letzte Antrag der FGK. Der Stadtrat hat uns informiert, dass zum Campingplatz die Projektarbeiten noch nicht so weit fortgeschritten sind, als dass dieses Projekt nächstes Jahr umgesetzt werden könnte. Entsprechend können wir hier die Investitionsrechnung um CHF 84'000 entlasten.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Das ist korrekt. Ich weise Sie auf die CHF 100'000 Planungskosten hin, die wir weiter unten im Budget haben. Ich nehme den Antrag so zur Kenntnis, dass das nicht ein Nein ist zu dieser Sanierung, sondern ein Nein zum Betrag im nächsten Jahr. Das macht durchaus Sinn. Trotzdem werden wir mit Ihrer Zustimmung die Planung weitertreiben und diese CHF 100'000, die wir da eingestellt haben, dazu benützen.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Das ist nicht der Fall, somit gilt dieser Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 6 7 Umweltschutz und Raumordnung

7900

Chiara Eugster, SP/Grüne: Mir stellt sich hier die Frage, weswegen für die Plätze in der Altstadt für die kommenden vier Jahre keine Investitionskosten budgetiert sind.

Stadtpräsident René Walther, FDP: In der Tat haben wir im nächsten Jahr keine fixen Investitionskosten für die Aufwertung von Plätzen vorgesehen. Im laufenden Jahr ist ein Betrag eingestellt, an diesem Projekt sind wir auch intensiv an Arbeiten und hoffen, dieses zeitnah umsetzen zu können. Es gibt da noch etliche Fragen mit dem ASTRA bezüglich Bewilligungen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass im Budget 2025 wieder ein Projekt vorgesehen ist. Aus Kapazitäts- und Prioritätsgründen haben wir für das nächste Jahr keine neue Massnahme eingeplant, zumindest keine baulich fixen Arbeiten, welche grössere Tiefbauarbeiten und damit auch Planungs- und Bewilligungsprozesse auslösen würden. In der strategischen Planung hat sich

gezeigt, dass in der Raumentwicklung und im Tiefbau sehr viele wichtige Massnahmen anstehen. Es gibt Projekte, welche zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm stehen und dringend koordiniert werden müssen mit anderen Themen. Auch hat sich gezeigt, dass bauliche Eingriffe in Tiefbaustrukturen in der Altstadt im Moment nicht zweckmässig sind. Es ist bekannt, die Hauptstrasse muss ohnehin in den nächsten Jahren angegangen werden. Es sind aber Massnahmen zur Aufwertung geplant, diese sind aber temporärer Natur. Wie erwähnt haben wir im Investitionsbudget uns darauf konzentriert, Projekte einzuplanen, die auch tatsächlich im Zeithorizont 2024 umgesetzt werden können und in Abstimmung mit anderen Massnahmen und Projekten Sinn ergeben.

Finanzplan 2024-2027

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Die aktualisierten Zahlen liegen vor, ich möchte Herrn Bächler bestens danken. Wir kommen zu den Schlussabstimmungen.

Abstimmung

Antrag 1 (Steuerfuss 72 %) wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 Budget 2024 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 176'390) wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Antrag 3 (Investitionsplan 2024 mit Nettoinvestitionen von CHF 9'458'000) wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Der Finanzplan 2024-2027 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Gemeindeordnung Art. 7 obligatorisch der Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 26. November 2023 zur Abstimmung unterbreitet. Somit sind wir am Ende von Traktandum 3. Ich danke Pascal Bächler für die grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete Arbeit.

4. Fragerunde

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt, der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort, mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Ulrich Nägeli, SVP: Die Ende August publizierte Mitteilung zur versuchsweisen Kappung der Bahnhofstrasse Süd stösst auf grosses Unverständnis. Der Zeitpunkt für diesen Versuch ist nicht der richtige. Mit der positiven Abstimmung für das Riva-Projekt und den nun folgenden Veränderungen und regen Bautätigkeit an der Bahnhofstrasse kommt diese Testphase einfach zu einer völligen Unzeit. Es ist völlig verfrüht, jetzt dieses Vorhaben an dieser schwach befahrenen Strasse durchzuführen. Die ganze Beurteilung der Verkehrssituation soll erst nach der Fertigstellung des Riva-Projekts, also mit einer Gesamtbetrachtung des ganzen Bahnhofareals unter neuen Bedingungen erfolgen. Die Verkehrssituation zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht eingeordnet werden, wie sie dann in Zukunft sein wird. Es liegt uns auch keine Verkehrszählung vor. Wir haben das Gefühl, die Bahnhofstrasse ist eine schwach befahrene Strasse. Dadurch ist die budgetierte Investition von CHF 200'000 unter diesen Umständen eigentlich nutzlos oder

verschwenderisch. Wir hätten gern eine Stellungnahme des Stadtrats, am liebsten aber gleich eine Verschiebung des Projekts.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Vielen Dank, es war allerdings weniger eine Frage als eher eine Feststellung und eine Aufforderung, die wir so zur Kenntnis nehmen. Nichtsdestotrotz möchte ich kurz ein paar Worte zu diesem Projekt sagen, so ein bisschen den Rahmen abstecken.

Es ist uns bewusst, dass die erste Medienmitteilung nicht optimal war. Dafür möchten wir uns entschuldigen. Ich möchte nun gern das eine oder andere klären.

Grundsätzlich ist das Projekt, und das ist tatsächlich so, da gibt es verschiedene Quellen, eine flankierende Massnahme der NLK, wie es an anderen Orten auch praktiziert wird, wo man, wenn man eine neue Umfahrungsstrasse baut, den Schleichverkehr mit flankierenden Massnahmen eliminieren möchte. Es gibt Verkehrszahlenmessungen. Auf dieser Strasse verkehren pro Tag rund 2'500 bis 3'000 Fahrzeuge. Das ist eine mittlere Grösse. Du kennst Landschlacht, dort weist die Hauptverbindungsachse zwischen der Alten Landstrasse und der Seestrasse etwa gleich viele Fahrzeuge auf. Ziel dieses Projekts ist die Lenkung des Verkehrs auf die NLK, um eben den Schleichverkehr zu vermeiden, der allenfalls in die Altstadt und via den Adolph-Saurer-Quai geht. Und eine Randerscheinung, wenn man beruhigt, kann man den öffentlichen Raum rund um den Bahnhof aufwerten, was auch ein erklärtes Ziel ist. Das hat man auch in der Masterplanung Seeufer und in vielen anderen Studien gesehen. Wenn das Riva gebaut werden soll, soll ja sogar das Fenster zum See entstehen. Und es ist auch klar, bei so einem Platz ist es naheliegend, dass man den Verkehr kappt. In Romanshorn gibt es eine ähnliche Situation, dort wird jetzt nachgebessert, weil man festgestellt hat, dass es nicht wirklich funktioniert.

Am 25. April 2022 wurde ein erster Workshop durchgeführt, da waren vor allem Anwohner anwesend. Parallel dazu hat man eine Onlinemitwirkung gemacht, da habe ich auch Inserate gefunden, da wurden Jugendliche angeschrieben, das wurde von der Abteilung Gesellschaft im Felix inseriert. Bei dieser Umfrage standen drei Varianten zur Debatte: einerseits die Kappung, eine Beruhigung durch Verengung und Tempo 30. An dieser Onlineumfrage haben 70 Leute teilgenommen, 140 Bewertungen wurden abgegeben sowie 50 Kommentare. Man kann das heute noch anschauen, man kann die Kommentare auch lesen. Es ist noch spannend zu lesen. Die einfachste Variante wäre diese Kappung. Man kann sich das so vorstellen, dass man zwei Poller in den Strassenraum setzt, sodass der Bus noch daran vorbeifahren kann. Diese Poller müssen demontierbar sein, weil es sich um eine Schwerverkehrsrouten handelt. Zusätzlich braucht es die entsprechende Signalisation. Man hat das Projekt aber weiterentwickelt und gesagt, man kann es mit einer Aufwertung des Bahnhofplatzes kombinieren, indem man die Mittellinse entfernt, einen farbigen Belag macht, Rabatten macht und auch beim Bahnhofplatz Eingriffe macht, um das Ankommen und den Aufenthalt in diesem Bereich zu verbessern. Flankierend braucht es Signalisationen, um den Verkehr besser zu lenken.

Wir haben von der Fachstelle bei uns auf der Stadtverwaltung vor rund eineinhalb Jahren einen Kostenvoranschlag von CHF 163'000 bekommen. Es ist klar, wenn so etwas geplant ist, geht man nicht Offerten einholen. Es ist mit einer Genauigkeit von +- 20 % zu rechnen, also haben wir damals ins Budget CHF 200'000 eingestellt. Wenn man die Kosten aufteilt, sind es etwa CHF 75'000 für die Kappung und etwa CHF 85'000 für die Aufwertung.

Das Projekt liegt noch bis zum 20. September auf, man kann da Rekurse einreichen, es ist ein Einwendungsverfahren. Selbstverständlich wird der Stadtrat all diese Rückmeldungen sammeln und beraten, wie wir mit dem Projekt weitergehen. Das ist der aktuelle Stand.

Bei Riva ist es so, dass der Gestaltungsplan noch bei uns liegt. Es sind Rekurse eingegangen, die wir aktuell mit den Juristen zusammen behandeln. Ich denke, in ein bis zwei Wochen wird das Paket mit diesen Rekursen zum Kanton gehen – Ausgang offen. Es kann gut sein, dass

zwei bis drei, wenn nicht sogar vier Jahre ins Land gehen, bis da ein Bagger auffährt. Wir wissen es nicht, daher kann man sich fragen, ob das der richtige Zeitpunkt ist oder nicht. Wie gesagt, wir schauen jetzt, was an Rekursen kommt, was an Rückmeldungen kommt und werden das im Stadtrat wieder diskutieren.

5. Informationen aus dem Stadtrat

Stadträtin Sandra Eichbaum, XMV: Ich würde noch gern etwas zum Betreuungsgutschriftenreglement sagen. Erstens mal ganz herzlichen Dank an alle, die ihren Beitrag dazu geleistet haben in der Verwaltung, aber auch die parlamentarischen Kommissionen.

Es wurde nun herausgearbeitet, was basierend auf dem Reglement nun alles noch geregelt werden muss und in welcher Form. Die notwendigen internen und auch externen Prozesse wurden uns skizziert, die Schnittstellen definiert und auch das Anmeldeformular im Entwurf erstellt. Nächste Woche findet eine Sitzung statt mit der Begleitgruppe und mit Vertreter*innen der SEP PSG Arbon und PSG Frasnacht und mit dem Kinderhaus, um den aktuellen Stand zu besprechen und offene Fragen zu klären. Anschliessend wird auf dieser Grundlage die Verordnung angepasst und natürlich wieder zurückgespiegelt. Bis der Anmeldeprozess bei der SEP startet, muss man bereit sein und auch die Eltern müssen bis dann natürlich informiert sein.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich möchte die Zeit nicht zu sehr strapazieren, aber etwas liegt dem Stadtrat noch am Herzen. Im Rahmen der Strategie- und Legislaturplanung hat sich ein Handlungsfeld herausgeschält, was uns wirklich am Herzen liegt. Wir haben ein Gesamtbild erstellt und sind daran, dieses an einigen Stellen zu verfeinern, zum Beispiel in der Raumplanung. Ziel ist es, wie ich bereits erwähnt habe, Projekte gezielter zu planen und vorantreiben zu können. Dabei sind die politisch strategischen Prozesse sehr wichtig. Um diese Prozesse effizienter abzuarbeiten und zu gestalten, ist ein gemeinsames Verständnis über die Herausforderungen und über mögliche Lösungsstrategien wichtig. Dabei sind alle gefordert: Stadtrat, Parlament, Verwaltung und selbstverständlich auch unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Daher erachten wir es als zentral, dieses Bild zu teilen. Einen ersten Versuch haben wir mit der Informationsveranstaltung vom 16. August gemacht, zu der Mitglieder des Parlaments eingeladen waren und teilweise auch erschienen sind. Solche Anlässe und Begegnungen sind wichtig. Der Rahmen einer Parlamentssitzung ist aus unserer Sicht ungeeignet, um über strategische Themen zu informieren oder eben auch den informellen Rahmen zu diskutieren, weil es sich um Themen handelt, die sehr komplex sind und wo es Erklärungen braucht. Der Stadtrat bietet den Fraktionen und Parteien daher an, dass wir bzw. ich auch gern im Rahmen der Fraktions- oder Parteisitzungen über die aktuellen Entwicklungen und Stände rund um die Strategie- und Legislaturplanung Berichten und für einen Austausch zur Verfügung stehen.

Präsident Felix Heller, SP/Grüne: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Die Interpellation für einen ungefährlichen Seezugang an der Schütli für alle von Linda Heller, SP/Grüne wurde mit 14 Unterschriften und die Interpellation für die Reduzierung von Autoparkplätzen am Seeufer, ebenfalls von Linda Heller, SP/Grüne mit 7 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Wiederum möchte ich zum Abschluss der Sitzung drei Dinge nennen, wofür ich dankbar bin:

1. Alexandra Wyrächtiger leistet hervorragende Arbeit als stellvertretende Parlamentssekretärin. Insbesondere hat sie das Parlamentariertreffen perfekt organisiert. Ich bin froh, dass unsere Verwaltung so gut aufgestellt ist.
2. Unsere Stadträtin und unsere Stadträte könne es nie allen recht machen. Für interessante und mutige Ideen wie die Kappung der Bahnhofstrasse mussten sie viel Kritik einstecken. Ich bin dankbar, dass es Leute gibt, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und den Kopf hinzuhalten. Das braucht Mut und eine dicke Haut. Kritisieren ist deutlich einfacher.

3. Genauso dankbar bin ich für die Menschen, die Arbeiten verrichten, die oft übersehen und weniger gut bezahlt werden, zum Beispiel Abfall beseitigen, Toiletten reinigen, die Strassen wischen oder mit Busszetteln einem Parkierchaos vorbeugen. Ohne diese Mitarbeitenden hätte Arbon im Sommer keine so gute Figur gemacht.

Die nächste Sitzung findet am 14. November wieder wie gewohnt um 19:00 Uhr statt. Bis dahin eine gute Zeit. Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung um 22:20 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Felix Heller

Alexandra Wyprächtiger